Informations-Dienst



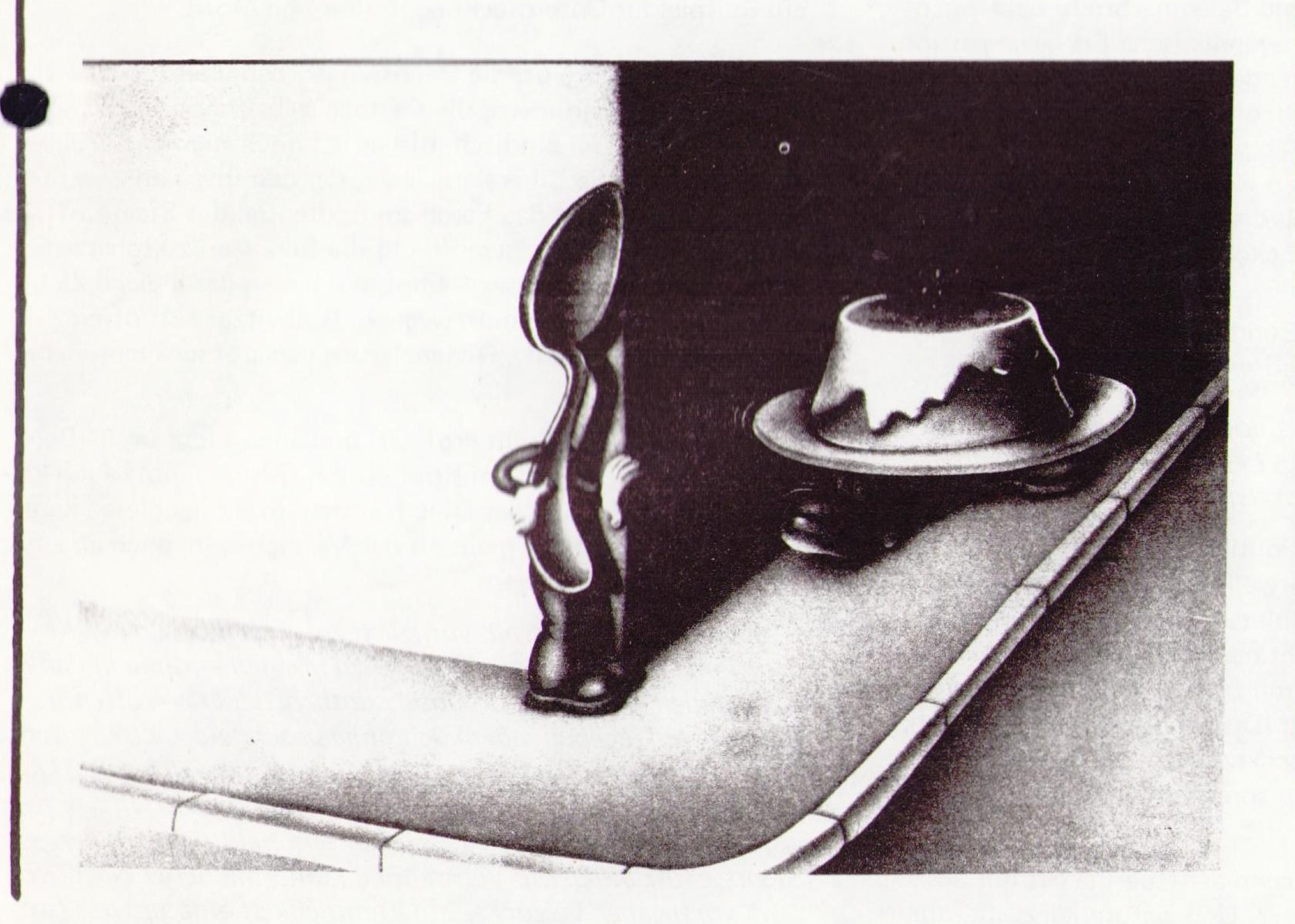
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 187 22.Juli 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

Seite 1 : Hausmitteilung – Waffen im Streit um den ID
Seite 2 : Alternative Ökologie / "Luftival" in Uelzen / Frauenfest in Hannover / Festival der lippischen Jugend / "Bambule" eröffnet / Volksbildungsarbeit in der Provinz / Material über Wehrsportgruppe Hoffmann gesucht / Internationales Meeting in Larzac / Unterdrückung der Indios in Südamerika / Tonbildschau über Chile

Schiefbahn	Kripo kam durch die Hintertür	3
Hamburg	Warnhungerstreik in Fuhlsbüttel	4
Berlin	Revision im "Schmücker–Prozeß"	4
Zweibrücken	Moraliche Isolation gegen Grashof und Jünschke	5
Hamburg	Verschärfte Zensur bei politischen Gefangenen	5
Frankfurt	Neues zum Russel–Tribunal	6
Bonn	Kampagne gegen Lienhart Delekat	6
Stuttgart	Genehmigungspflicht für Ostreisen	7
Frankfurt	Berufung für Silvia Gingold	8
Frankfurt	Heinz Brandt gegen Atomfilz: Eins zu Null	8
Hameln	Grohnde aktuell	8
Frankfurt	Sprühaktion gegen frauenfeindlichen Gastwirt	9
Hamburg	Messerschmitt produziert arbeitslose Lehrlinge	10
Ellwangen	Strafverfahren gegen Streikposten eingestellt	10
Stetten	Hausbesetzung im Schwabenländle erfolgreich beendet	11
Münster	Asta – Amtsenthebung findet vorläufig nicht statt	11
Besancon	LIP: Wilde Lohnzahlung trotz aller Repressalien	12
Barsebäck	Anti–AKW Grüsse aus Schweden	13
Bilbao	AKW–Deomstration im Baskenland	13
Paris	Folgen des Pierrelatte–Unfalls	13
Malville	Noch ein paar Tips für Malville	14
Paris	CFDT nicht in Malville	14
Frisco	Schwulenhatz in den USA	15
Piedade	Volksklinik soll geräumt werden	15



frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 koln
der andere buchladen
zulpicherstr.197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen voraus kasse von 1.50 dm je heft mindestbetrag 18 dm fur 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frank furt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel" außerdem die genaue adresse. noch besser die abonummer.

HAUSMITTEILUNG

WAFFEN IM STREIT UM DEN ID

Unterbliebene Nachrichten auch aus dem Bereich zu veröffentlichen, wo die „Terrorbekämpfung" das Sagen hat und selbst bestimmt, was sie als Terror bekämpft, ist schwierig. Die Angriffe gegen linke Medien, die das tun, auch gegen den ID, werden häufiger und schärfer. Verfassungsschutzbericht, Frankfurter Allgemeine, Süddeutsche Zeitung (s. ID 185) – jetzt bedient sich der Vizepräsident des Bundeskriminalamts, mit vollem Titel, des zivilen Mittels ‚Leserbrief'. Am 9./10. Juli stand es in der „Süddeutschen":

„ In dem in der SZ vom 25./26. 6. enthaltenen Porträt des Frankfurter „Informationsdienstes für unterbliebene Nachrichten" (ID) behauptet das Beiratsmitglied Jürgen Roth, „der Dienst diene der Kommunikation unter linken Gruppen und sei selbstverständlich kein Sprachrohr für Terroristen". Eine derartige Verharmlosung dieses Publikationsorgans kann nicht unwidersprochen bleiben. Nahezu ausschließlich Stimmen aus dem linksextremistischen und aus dem terroristischen Lager oder dem sympathisierenden Umfeld kommen in ihm zu Wort. Vor allem meldet der ID „Vorgänge, deren Verbreitung nicht im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Dazu gehören authentische Berichte der Stadtguerilla-Gruppen. Wir verstehen sie als eine Fraktion der Revolutionären Linken" (so wörtlich ID Nr. 114 vom 28. 2. 1976).

Diesem Selbstverständnis entsprechend druckt die Zeitschrift fast ausschließlich Äußerungen zu linksextremistischen Themen ab, die tendenziell geeignet sind, den Staat und seine Organe verächtlich zu machen und Linksextremisten wie Terroristen als korrekturfreies Sprachrohr zu dienen. Die Ablehnung unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates und eine destruktive Protesthaltung bis hin zur versteckten Gewaltbefürwortung ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Ausgaben.

Einzelne Artikel begründen den Verdacht strafbarer Handlungen, etwa der verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten, der Verunglimpfung des Staates und seiner Verfassungsorgane, der Beleidigung, übler Nachrede, der Verleumdung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. In keinem Publikationsorgan sind Bekennerbriefe nach terroristischen Anschlägen und propagandistische Erklärungen von Angeklagten oder sympathisierenden Verteidigern in Terroristenprozessen derart ausführlich, ohne kommentierende Widersprüche und Einschränkungen, abgedruckt worden. Demgegenüber ist die Erklärung von Jürgen Roth, der Beirat des ID habe die Aufgabe, zu verhindern, daß die Verantwortlichen des Dienstes in die „terroristische Ecke" gedrängt werden, an Zynismus kaum zu überbieten.

Rupprecht, Vizepräsident des Bundeskriminalamts
Friedrich-Ebert-Straße 1, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1 "

Scheiße ist nur, daß das BKA noch andere Waffen hat als Leserbriefe. Auch der ID bekam Leserbriefe. Sie beschäftigen sich mit uns und unserem Beirat. Hier ist einer:

„Liebe IDler. Daß Ihr mit der Politik der bewaffneten Linken nichts zu tun habt, ist ja mittlerweile klargeworden. Aber daß ihr dieser Politik auf 'ner ganz hinterhältigen Weise entgegenarbeitet, ist vielleicht noch nicht mal euch allen klar. Also: Wenn 'ne Auseinandersetzung mit bestimmten Positionen – und die findet unbestreitbar im ID statt – dann bitte ehrlich, und nicht so: Infos, facts, Einschätzungen, die einem nicht in den politischen Kram passen entsprechend aufbereiten, um so die Wahrheit zu unterlaufen.

Warum gebt ihr die Erklärungen der Guerilla oft nur auszugsweise, bzw. stark gekürzt wieder? Und warum kürzt ihr, ohne wenigstens die Stellen , wo ihr rausgestrichen habt, zu kennzeichnen?

So kriegt ihrs hin, daß Erklärungen zusammenhanglos, inhaltsleer, überflüssig, gar blödsinnig erscheinen (Beispiel: die letzte RZ-Erklärung zum Anschlag auf die Schwarzfahrerkartei in Berlin usw., usw.).

Weiter: Ihr habt euch geweigert, die Erklärung der RAF zum Röhl-Artikel vollständig abzudrucken. Zu lang sei das, war das Argument, und weil ihr es nicht verantworten wollt, „daß im ID ein neues Rekrutierungsprogramm der RAF zur alten Politik transportiert wird".

Wie schön! Und jetzt hat ihr auch nen Brief vom Gollwitzer drin, der meines Wissens schon mal im Extra-Dienst abgedruckt war. Was ist an diesem Brief Information, was ist daran unterdrückt? ?

Und Platz habt ihr auch fürn Ding, das objektiv nichts anderes ist als Transport von Staatsschutzpropaganda in die Linke hinein. (Und jetzt nicht „Counterdingsbums", sondern wer die Augen offen hat, der kann sehen, Zeitung lesen, Radio hören, der weiß daß das stimmt). Ihr wisst das auch.

Gollwitzers Schrieb enthält nichts als Irrationalitäten, aneinandergereihte Denunziationen, ist Ausdruck einer spezifischen Form des Hasses. Kindisch, pseudo-revolutionär, Menschenverachtung, nihilistischer Wahnsinn, heimtückisch idiotisch, verwerfliche Mörderei usw. usw. So charakterisiert er die Genossen, ihre Politik.

Was soll z.B. dieser Quatsch, daß die Todesstrafe von links eingeführt wird? Wie kommt ihr dazu, einem, der das alte antikommunistische Raster: rechts gleich links, wieder aufnimmt, Platz im ID einzuräumen. Ist denn Gewalt gleich Gewalt? Gibt es nicht eine befreiende und eine unterdrückende Gewalt? ? Ist es das gleiche, wenn beispielsweise ein Ernst Thälmann im KZ ermordet wurde oder ein Heydrich, der hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat, erschossen wurde? Ist es das gleiche, wenn der Staat Ulrike Meinhof umgebracht hat, oder wenn Buback erschossen wurde, der für ihren und den Tod anderer Genossen und Genossinnen, für die Folter, die Liquidationsfahndungen usw. verantwortlich war?

Ist es nicht vielmehr so, daß auf der einen Seite ein Beispiel für Befreiungskampf ausgelöscht wurde, auf der anderen Seite ein Beispiel für Unterdrückung, Folter und Mord.

Gollwitzer schreibt, die Genossen würden über die Reaktionen des Staates jammern, die sie doch selbst heraufbeschworen hätten. Das sei kindisch. Bisher hat noch niemand gejammert – bis auf die Liberalen. Jeder, der den illegalen Kampf aufnimmt, weiß um das Faschismuspotential des Staates. Trotzdem ist es natürlich unsere Pflicht die Genossen zu schützen. Denn ihr Kampf ist unser Kampf, wir haben das gleiche Ziel, entspringen der gleichen Bewegung. Gollwitzer ruft offen zur Entsolidarisierung auf: „Distanzierung genügt hier nicht mehr," usw. usf.

Ich weiß, ich bin kein Prof. Dr. und auch nicht im ID-Beirat, hab andere Sachen im Kopf als ihr. Deshalb gibts auch keine Hoffnung, daß ich das Ding hier mal im ID nachlesen kann. Es kann deshalb nicht mehr als der Versuch sein, euch an euren Anspruch zu erinnern."

Wir haben aber weiter vor, auch aus dem Bereich der Revolutionären Zellen usw. Berichte zu bringen – ohne in Panik zu verfallen, ohne den Grundsatz authentischer Veröffentlichung aufzugeben, aber auch ohne unsere eigene Betroffenheit zu verbergen. Der Staatsschutz schont uns nicht als „Transporteure seiner eigenen Propaganda", was ja die irrwitzige Konsequenz aus dem zweiten Leserbrief sein müßte. Wenn der Staatsschutz gegen die Verbreitung „unterbliebener Nachrichten" vorzugehen versucht, ist Öffentlichkeit eine unserer (wenigen) Waffen. Bekanntheit oder gar „Prominenz" kann diese

Waffe verstärken, obwohl das auch ein Zeichen für die Kaputtheit von Öffentlichkeit ist. Daß Sartre nach Stammheim fuhr, war einfach sehr wichtig. – Deshalb der Beirat.

Von den Beiratsmitgliedern Chotjewitz, Roth und Schlöndorf wissen wir, daß sie nicht als instrumentalisierte Prominenz, sondern als selber Betroffene für sich und für uns den Mund aufgemacht haben. Genauso wie die Leser, die bei der „Süddeutschen" protestiert haben. Die skeptische Erwartung eines Genossen, so ein Beirat werde, wenn's drauf ankommt, keine Waffe sein, eher eine Seifenblase, hat sich hier nicht bewahrheitet. (Der Genosse hatte das geschrieben, als der Beirat gerade angefangen hatte zu existieren; nachzulesen demnächst im ID 190/191, S. 15) Für uns war das eine gute Erfahrung.

HAUSMITTEILUNG: TECHNISCHER TEIL

Die Sommerpause wirft versandtechnische Schatten. Normalerweise werden alle zwei Wochen die Adressenetiketten mit den allseits bekannten Zeichen (!? !) ausgedruckt. Durch den Ferienmonat August blieb uns nichts anderes übrig, als die Etiketten für den Monat August schon im Juli drucken zu lassen. Das heißt: Neubestellungen, Abbestellungen, Adresswechsel und Bezahlungen werden in den nächsten vier Wochen nicht verbucht. Zum 9. September gibts dann wieder einen neuen ID mit hervorragend aktuellen Adressetiketten. Wir bitten um die nötige Geduld.

Außerdem: im letzten ID wurde vergessen, einen verantwortlichen Redakteur anzugeben. Aufmerksamen Lesern ist auch nicht entgangen, daß der Beiratskasten gefehlt hat. Dazu erklären wir: verantwortlicher Redakteur der letzten Nummer war Peter-Michael Borch, der Beirat war derselbe wie diesmal.



ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Darmstadt Juli 77

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise lädt ein zu einer Tagung "ALTERNATIVE ÖKONOMIE", vom –7.August in Rossdorf (Jugendhof Bessunger Forst) bei Darmstadt.

Es soll eine projektbereichsübergreifende Tagung werden, dehalb wird jeder, der sich anmeldet, gebeten,gleich seine Vorschläge für Arbeitsgruppen dazuzuschreiben. M 29 (Materialien zur alternativen Ökonomie II) wird noch vor der Tagung erscheinen, M 19 (Materialien zur alternativen Ökonomie I) ist noch zu bestellen bei : Publikationen, Friesenstr.13,1000 Berlin 61

"LUFTIVAL" IN UELZEN

UELZEN, Juli 1977

Das Provisorische Jugendzentrum Uelzen lädt zu dem alljährlichen"Open Luftival" ein.

Am Samstag, 6. August, werden fünf Gruppen auf den Ilmenauanlagen (ab 14.30 Uhr) den ganzen Tag Musik machen: "Muckhole Perkins"(Lüneburg, Rock),"Professor–Faust–Troll" (Berlin, melodischer Rock), "Oasis" (Hamburg, Rock), "Projekt" (Lüneburg, Jazz und Rock), und "ES" (Buchholz, ebenfalls Jazz und Rock).
Der Eintritt ist frei.

KONTAKADRESSE: Bohldamm–Baracke 14 B, 3110 Uelzen 1

FRAUENFEST IN HANNOVER

HANNOVER 20. Juli

Am Freitag, dem **29. Juli 1977, um 20.00 Uhr**, findet im **SILO** (Studentenwohnheim), **Dorotheenstraße 5**, ein Frauenfest statt. Es spielt die Berliner Frauenband Lysistrata. Außerdem: Lieder, Kleidertausch, Bücher- und Informationstische der hannoverschen Frauenbewegung, Essen und Trinken! Der Eintritt kostet 5,-- DM.

Kontakttelefon: 75 45 67, Ingrid: 45 23 04

FESTIVAL DER LIPPISCHEN JUGEND

EXTERTAL Juli 1977

Am 20./21.8. veranstaltet der 'Aktionskreis lippischer Jugendzentren', ein Zusammenschluß der autonomen Jugendzentren und JZ-Initiativgruppen, Lippes ein großes Fest mit Musik, Theater, Film, Information und Diskussion - und zwar in der Nähe von Lemgo, draußen und in Zelten:

Auf diesem Fest wollen wir: informieren über uns, unsere Arbeit, unsere Schwierigkeiten, unsere Ziele, über die vielfältigen Formen des ständig zunehmenden Drucks, der auf uns ausgeübt wird.

Außerdem wollen wir vor einer breiten Öffentlichkeit unsere Forderungen nach ausreichend finanzierten JZ's in eigener Trägerschaft darstellen, uns näher kennenlernen, feiern, über Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes reden.

Ganz besonders sind alle selbstverwalteten JZ und -Initiativgruppen eingeladen an dem Fest, möglichst mit einem Beitrag (und sei's ein Info-Tisch) teilzunehmen. Wir suchen noch Musik-/Theater-Gruppen.

Kontakt: Aktionskreis lipp. Jugendzentren, Bielefelder Str. 489 493 Detmold 18 oder AJZ Autonomes Jugendzentrum Extertal e.V., Sternberger Str. 5, 4923 Extertal-1, Tel.: 05262/3655

"BAMBULE" ERÖFFNET

BRAUNSCHWEIG, Juli 1977

Die Braunschweiger haben ihr selbstverwaltetes Zentrum "Bambule" eröffnet!

Laufen sollen (weil es das in Braunschweig noch nicht gibt), Filme, Theater, Mucke, Session, Klön und das alles mit Bier oder Kaffee oder so. Geplant sind außerdem Arbeitslosenselbsthilfe, Kinderladen, Stadtteilarbeit, Autowerkstatt und, und, und.....Die Braunschweiger schreiben außerdem, daß sie eine dufte Eröffnungsveranstaltung hatten und daß, wie könnte es anders sein, nach den zweimonatigen Renovierungsarbeiten, die ein altes Postgebäude in die "Bambule" verwandelten, auch die Hüter von Ruhe und Ordnung nicht ausblieben. Bis dato wurde die "Bambule" nur mit dem Fernglas inspiziert.

KONTAKADRESSE:"Verein zur Förderung von Kommunikation und Kultur", Helmstedter Str. 167, 3300 Braunschweig

VOLKSBILDUNGSARBEIT IN DER PROVINZ

UELZEN
Juli 1977

Der „Uelzer Büchertisch" mußte seine Bücher immer in Kartons lagern, weil er im Jugendzentrum nicht genug Platz hatte . . . Aber nun hat Uelzen einen richtigen Buchladen mit Regalen. Das heißt, bürgerliche Buchhändler gibt's genug, aber Bücher für Frauen, Arbeiter, Mütter, Kommunisten, Anarchisten, Lehrer, Schüler, Freaks, Erzieher, Eltern, Homosexuelle, unterdrückte Minderheiten, Kriegsdienstverweigerer, Soldaten, Lehrlinge und Arbeitslose gibt's beim Ogro-Buchladen. Bei Ogro gibt es Bücher, Zeitungen, Plakate, Schallplatten.

OGRO ist in 3110 Uelzen 1, Bahnhofstraße 3, Postfach 321

MATERIAL ÜBER WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN GESUCHT

Tübingen
19.Juli

Bericht des Antifaschismus–Komitee Tübingen: Am 4.Dezember 1976 verhinderten etwa 250 Antifaschisten in Tübingen eine Veranstaltung des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS, inzwischen faschistisch) zur Situation in "Rhodesien und Südafrika", wo als Redner Karl-Heinz Hoffmann geladen war(siehe ID Nr.155). Dieser ist Anführer der neofaschistischen "Wehrsportgruppe Hoffmann". In Zusammenhang mit diesen Vorfällen beginnt am 7. September ein Prozess gegen 12 Angehörige der WSG Hoffmann sowie drei willkürlich "erkannte" Antifaschisten.

Das Antifaschismus-Komitee Tübingen wird über diesen politischen Prozess informieren. Dazu benötigt es Informationen über Karl-Heinz Hoffmann, seine WSG, seine Aktivitäten, Gerichtsverfahren etc. Schickt Material, sofern ihr habt an:

Antifaschismus-Komitee Tübingen, bei Axel Korn, Am Markt 3, 7400 Tübingen

INTERNATIONALES MEETING IM LARZAC

FRANKFURT
20. Juli

Im Larzac, genauer bei Millau (eine Autostunde nördlich von Montpellier), findet vom 16.-22. August ein internationales antifaschistisches Völkertreffen statt. Es geht um die Solidarität mit dem Kampf der Völker Spaniens für die Republik. Neben Forumsdiskussionen wird es internationale Volkskunst mit Sängern, Tanzgruppen, Filmen und Kunstausstellungen mit Malerei und Bildhauerei geben.

Kontakt: REPUBLICA, Hartmann-Ibach-Str. 103, 6 Ffm, Tel.: 0611/456333

UNTERDRÜCKUNG DER INDIOS IN SÜDAMERIKA

FREIBURG, 19. Juli

Die letzte (62.) Ausgabe der iz3w – Informationszentrum Dritte Welt beschäftigt sich hauptsächlich mit Lateinamerika, konkreter mit der Unterdrückung der Indios in Paraguay, Venezuela und Peru. Weiterhin sind u.a. drin: Interview mit Andre Gunder Frank über Imperialismus, Mozambique – die Universitätsbrigaden auf dem Land, Kanarische Inseln –Interview mit einem Führer der Befreiungsbewegung und Repression in der BRD. Zu beziehen bei: **Informationszentrum Dritte Welt–iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg, kostet 2.50 Mark.**

TONBILDSCHAU ÜBER CHILE

WESTBERLIN
20. Juli

'Aus Liebe zu Chile - Terror statt Sozialismus': unter diesem Titel vertreibt eine Mediengruppe in Westberlin eine Tonbildschau über Chile zur Zeit der Volksfrontregierung und über die Situation in Chile heute, geschildert von Chilenen.

Technik: 106 Dias, 25 Min., Chromdioxidcasette, Textheft, Materialien und ein paar Tips zum Vorführen.
Leihgebühr: DM 36,- (incl. Versand)
Bestellungen an: Mediengruppe c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel.: 030/313 50 65

KRIPO KAM DURCH DIE HINTERTÜR

SCHIEFBAHN ,18 Juli

Bewohner einer Wohngemeinschaft in Schiefbahn bei Mönchengladbach berichten von einem Einbruch der Kripo in ihr Haus. Tatzeit: 13. Juli 77, 9.20 Uhr

" Zum zweiten Mal innerhalb von drei Wochen drangen Polizisten ohne Durchsuchungsgenehmigung und gegen unseren Willen in unser Haus ein, das wir seit etwa drei Monaten als Wohngemeinschaft bewohnen. (Beim ersten Mal ließ ein erregter Vater seine minderjährige Tochter suchen, was zwei Uniformierte durchführten, indem sie sich gewaltsam Zutritt zu einigen Räumen verschafften, sodaß der ebenfalls anwesende Vater ganz erschrocken war. Diesmal war die Kripo da. Bis auf A. , der im Kellergeschoß schlief und deshalb die Klingel nicht hören konnte, waren wir alle zur Arbeit außer Haus. Also drangen die drei Zivilen durch die offenstehende Hintertür ins Haus, durchstöberten alle Räume und fanden schließlich den schlafenden A. Sie wiesen sich als Kripo aus und gaben an, einen der Vormieter zu suchen, der sich jedoch längst von diesem Wohnsitz abgemeldet hatte. Der inzwischen hellwache Hausbewohner forderte die Kriminalbeamten zum sofortigen Verlassen des Hauses auf, was einer von ihnen mit "nein" und dem Vorzeigen seiner lose in dem Gürtel steckenden Pistole beantwortete. Nachdem die Polizisten A. noch nach einigen Details, die ihnen im Hause aufgefallen waren(Plakate, Fotos etc.) ausgefragt hatten, zogen sie wieder ab, selbstverständlich ohne Dienstnummer oder Namen zu hinterlassen. Sollen wir jetzt etwa eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen drei unbekannte Kriminalpolizisten aus einem Auto mit bekanntem KFZ–Kennzeichen in die Wege leiten? Die Polizei gegen die Polizei zu Hilfe rufen? "

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

WARNHUNGERSTREIK IN HAMBURG

Hamburg 17.Juli

Von der Insassenvertretung des Fuhlbütteler Knastes kam das folgende Flugblatt und der Bericht zu einem eintägigen Hungerstreik im Knast. Die Insassenvertretung wird von den Knackis gewählt, allerdings muß der Anstaltsleiter die Wahlergebnisse jeweils "genehmigen". Ähnlich wie bei den Wahlen zum Stationssprecher, die übrigens die Leute für die Insassenvertretung vorschlagen, soll es schon recht oft zu "kurzfristigen Verlegungen" kurz vor der Wahl gekommen sein. Was das bedeutet, ist wohl klar.

"Wir, die Insassen der Anstalt 8, vertreten durch die Insassenvertretung fordern:

1) Mehr und bessere fürsorgerische Betreuung. Ein Fürsorger für ca. 300 Probanden reicht bei weitem nicht aus! Bedingt durch die Inhaftierung in dieser Überhaftanstalt haben viele Insassen Probleme, die nur durch Fürsorgearbeit gelöst werden können. Wir fordern, daß die Fürsorger auf mehr Einzelinteressen eingehen.

2) Wir fordern mehr Abteilungsleiter, um unsere Interessen wahrgenommen zu sehen! Ein Abteilungsleiter muß ca. 100 Gefangene betreuen. Das ist eine Zumutung! Kein Leiter kann seine Aufgaben zufriedenstellend erfüllen. Dadurch ist bereits das Vollzugsziel fahrlässig gefährdet und in Frage gestellt. Viele der von uns gestellten Anträge werden zu spät oder nie bearbeitet – oder bleiben unauffindbar. Zweidritteltermine werden verbummelt oder erst in letzter Minute bearbeitet. Dies ist einfach ungenügend und dem Gericht wird ein falsches Persönlichkeitsbild dargestellt. Die Aufgabenbereiche der Abteilungsleiter sind zu vielseitig. Durch die Überbelastung der Abteilungsleiter und der Fürsorger werden teilweise Entscheidungen getroffen, die unmenschlich sind, jeder Logik widersprechen, Bindungen zu den Angehörigen zerstören, ebenso die Psyche der Gefangenen, den Gefangenen daran hindern am Vollzugsziel mitzuarbeiten und ihn in unlösbare Konflikte stürzen, aus mangelhafter Kenntnis der Bestimmungen und Gesetze, falsch sind.

3) Durch die genannten Mißstände wird das Gespräch zum Anstaltsleiter überlastet, folglich auch die Anstaltsleitung. Die Sprechzeiten sind zu kurz bemessen und es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Abteilungsleitern und der Anstaltsleitung. Versprechungen werden gemacht und nicht eingehalten. Zur Zeit gibt es keinen festen Fürsorger, nur Vertretungen.

4) Wir fordern für die Anstalt Psychologen, weil viele Insassen einer psychologischen Hilfe bedürfen. Weiterhin ist die ärztliche Betreuung völlig unzureichend.

5) Wir fordern die Möglichkeit einer sinnvollen und kreativen Freizeitgestaltung. Da die Mißstände seit Jahren bekannt sind und keine Änderung eintritt, sehen wir uns gezwungen einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. Es hat schon genug Selbstmorde und Selbstmordversuche gegeben und darum und um unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen,

wird am Mittwoch den 13.7.77 zur Mahnung ein eintägiger HUNGERMAHNSTREIK durchgeführt !!

Um disziplinarische Maßnahmen zu vermeiden verläuft der übliche Tagesablauf normal. Die Insassenvertretung wird an diesem Nachmittag eine Sondersitzung anberaumen, um die Probleme mit den Verantwortlichen zu erörtern. Wir fordern folgende Personen auf, an der Beseitigung der Mißstände mitzuarbeiten und an der Sitzung teilzunehmen:

Herrn Rieger, Vollzugsleiter, Herrn Dr. Weiner, Leiter der STVA, Herrn Donart, Vollzugsreferent, die Abteilungsleiter der Anstalt 8, den Fürsorger (falls vorhanden) sowie den Anstaltsbeirat.

Abschriften gehen an folgende Institutionen mit der Bitte um Unterstützung: Bürgerschaft, Strafvollzugsamt, Vollzugsleitung, Anstaltsbeirat, Presseorgane, verschiedene Rechtsanwälte, Herrn Senator Meier, Insassenvertretungen.

gez. Insassenvertretung der JVA (VIII)
Suhrenkamp 98, 2000 Hamburg 63(Fuhlsbüttel)"

Am 10.7.77 beschloß die Insassenvertretung mit Zustimmung der Gefangenen , einen Hungerwarnstreik durchzuführen, damit die notwendigsten Forderungen erfüllt werden. Der Hungerstreik wurde am Montag, den 11.7.77 zu Mittwoch den 13.7.77 angekündigt.

Erster Erfolg: Am Dienstag, den 12.7.77, kam ein Fürsorger in die Anstalt. Nun in Zukunft als fester Fürsorger im Gegensatz zu früher, wo lediglich sporadisch und nur für wenige Stunden ein Fürsorger zur Verfügung stand.

Ab Dienstag, den 12.7.77., war die Anstalt gefüllt mit der 3 –4fachen Menge von Beamten. Obwohl es zu keinerlei Ausschreitungen seitens der Gefangenen kam, wurde versucht, die Gefangenen zu provozieren.

4 Gefangene wurden in die Anstalt I verschleppt. Anstalt I ist gefürchtet und bekannt als Isolations-Haftanstalt.

Eine Unterredung mit dem derzeitigen Anstaltsleiter war am 12.7.77 für 16.30 Uhr angesetzt. Die Gefangenen kamen in den Kirchenraum, um eine gütliche Einigung zu erzielen. Trotz der Zusage des Herrn Rieger kam er nicht. Stattdessen kamen weitere 15 Beamte aus Anstalt II.

13.7.77: Ca. 240 Gefangene nahmen kein Frühstück, Mittagessen und Abendbrot ein.

Beim Mittagessen wurden einige Gefangene von der Beamtenschaft unter Druck gesetzt. Diese Gefangenen haben in der Tat etwas zu verlieren, nämlich die Einweisung in die Alsenstraße (offenes Haus).

Wir rufen zur Solidarität auf und bitten darum, die Fuhlsbütteler Anstalt Tel. 591991 anzurufen und Herrn Rieger zu verlangen, damit er sieht, dies ist nicht nur eine Aktion der Gefangenen."

REVISION IM ‚SCHMÜCKER-PROZESS'

BERLIN
Juli 1977

Die Verteidiger Heinisch, Häusler, Elferding und Panka verfaßten diese gemeinsame Presseerklärung:

„Durch einstimmigen Beschluß hat der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs das Urteil gegen Bodeux u.a. (sogenannter ‚Schmücker-Prozeß') der 7. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an eine andere Strafkammer des Landgerichts Berlin zurückverwiesen. Bis auf die Verurteilung des Angeklagten Bodeux sind die der Angeklagten Jandt (lebenslänglich), von Wedel, Löffler (je 4 Jahre), Strüken (5 Jahre) und Weßlau (8 Jahre) damit nicht rechtskräftig.

Der auf die Revision der Verteidiger ergangene Beschluß des BGH (Bundesgerichtshof) hat das Urteil der 7. Strafkammer aufgehoben, weil diese einen Antrag der Verteidigung, sämtliche Aussagen des geständigen Angeklagten Bodeux zum Gegenstand der Beweisaufnahme zu machen, als unzulässig zurückgewiesen hatte. ‚Diese Aussagen konnten bei verständiger Würdigung der Wahrheitsfindung dienen. Es liegt auf der Hand, daß das Urteil auf dem Verfahrensfehler beruhen kann' (Beschluß S. 3). Mit seiner Entscheidung erklärt das Revisionsgericht gerade die insbesondere von der Staatsanwaltschaft vertretene Rechtsauffassung für unrechtmäßig, wonach die Tatsachen über die persönlichen Verhältnisse, die Vorgeschichte der Tat, Kontakte zu Mitangeklagten und Mittelspersonen, Verhaltensweisen der Gruppenmitglieder und Kontaktpersonen des Mitangeklagten Bodeux möglichst aus der Beweisaufnahme herausgehalten werden sollten.

Der Beschluß des BGH läßt es mit diesem wesentlichen Verfahrensverstoß bewenden und setzt sich im übrigen mit weiteren von der Verteidigung gerügten Verfahrensverstößen nicht auseinander. Diese hatte in ihrer 200 Seiten umfassenden Revisionsschrift neben vielen anderen Rügen im wesentlichen zwei Verstöße angegriffen, die den Charakter des Prozesses geprägt haben:

1. Das gegen die Verteidigung ergangene Verbot, den Mitangeklagten Bodeux zu befragen,
2. Die Weigerung des Gerichts, in Frage kommende Zeugen des Landesamtes für Verfassungsschutz Berlin zu vernehmen und für die Erteilung der notwendigen Aussagegenehmigungen dieser Zeugen zu sorgen.

zu 1.) Die 7. Strafkammer hatte seinerzeit der Verteidigung die Befragung des Mitangeklagten Bodeux verboten, nachdem dieser sich nur unter der Bedingung zu einer Beantwortung der Verteidigerfragen bereit erklärte, wenn die anderen, schweigenden Mitangeklagten gleichfalls Aussagen machten. Die Verteidigung hat schon damals erklärt, daß Bodeux selbstverständlich das Recht habe, Fragen der Verteidigung nicht zu beantworten, daß es aber rechtlich unhaltbar sei, die Stellung von Fragen von vornherein zu verbieten.

zu 2.) Schmücker hatte bis kurz vor seinem Tod intensive Kontakte zum Verfassungsschutz. Laut Angabe des Chefs dieser Behörde gab er an seinem Todestag, dem 4.6.1974, dem Verfassungsschutz morgens noch telefonisch die Namen zweier Personen durch, von denen er sich bedroht fühlte und die im gesamten Verfahren bisher noch nicht bekannt geworden sind. Die Angabe der Namen dieser Personen verweigerte der Chef des Berliner Verfassungsschutzes. Für die Verteidigung lag es daher sehr nahe, sämtliche Mitarbeiter des Verfassungsschutzes die Kontakt zu Schmücker hatten, – ca. 20 Mitarbeiter – in den Zeugenstand zu rufen.

Das Gericht verweigerte dies und berief sich auf deren Zeugnisverweigerungsrecht, nachdem der Verfassungsschutz eine Aussagegenehmigung aus Gründen des Wohles des Landes Berlin nicht erteilt hatte. Die Verteidigung bestritt die Rechtmässigkeit dieser Verwaltungsentscheidung und versuchte, die Aussagegenehmigung vor dem Verwaltungsgericht einzuklagen. Das Verwaltungsgericht (1. Kammer) erklärte sich ebenso wie die 7. Strafkammer in der Entscheidung dieser Rechtsfrage für unzuständig, so daß die Verteidigung beantragte, das Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung – ggf. des Bundesverwaltungsgerichts – auszusetzen. Auch dies lehnte die 7. Strafkammer ab. Nachdem der BGH die Entscheidung dieser und weiterer grundsätzlicher Rechtsfragen in der Revision offengelassen hat, wird sich damit nunmehr die im neuen Tatsachenverfahren zuständige Kammer (vermutlich die 9. Große Strafkammer) auseinandersetzen müssen. Das Problem der Befragung von Bodeux dürfte allerdings erledigt sein, nachdem dieser nach seiner rechtskräftigen Verurteilung nunmehr als Zeuge zur Verfügung steht."

MORALISCHE ISOLATION GEGEN GRASHOF UND JÜNSCHKE

ZWEIBRÜCKEN
21.Juli

Bericht von der Schwarzen Hilfe Marburg, c/o Rolf Löchel,Postfach 1668, Marburg:

Während der mittlerweile 5 bzw. 5 1/2 Jahre andauernden Isolationshaft, der die Genossen Klaus Jünschke und Manfred Grashof in der JVA Zweibrücken ausgesetzt sind, wurde vom Staatsschutz alles getan, um sie auch moralisch zu isolieren:
3 Jahre lang nur Besuch von Angehörigen, von Februar 76 bis Anfang 77 gar keine Besuche mehr, da die Gefangenen sich gegen eine Überwachung der Gespräche durch das Landeskriminalamt (LKA) gewehrt haben; ständige Anhaltebeschlüsse bei Briefen, Zeitungen und Büchern, so daß die zur Habe genommenen Sachen schon einen ganzen Raum einnehmen (ein Zynismus bei dem Urteil, das vor ca. 2 Monaten im Kaiserslauterner Prozeß fiel: je einmal lebenslänglich), Repressionen gegen andere Gefangene, die mit Klaus und Manfred Umschluß haben wollten und anderes.

Der Verlobten Klaus Jünschkes wurde, nachdem sie auch für Manfred Grashof eine Sprecherlaubnis beantragt hatte, der Kontakt zu beiden untersagt. Sie selbst war eine zeitlang inhaftiert wegen Verdacht auf § 129 und hat nach ihrer Entlassung eine Auflagenliste mit genau 95 (!) Punkten bekommen, u.a. ihren Paß bei den Bullen zu hinterlegen, sich einmal wöchentlich zu melden, Post- und Telefonüberwachung und seit 2 Jahren wird sie offen observiert.

Für einen Besuch am 15.7.77 von zwei Marburger Genossinnen bei den beiden Gefangenen hatte sich der Staatsschutz etwas neues einfallen lassen:
es ging damit los, daß der dem Gespräch zur Überwachung beigeordnete LKA-Beamte den Besuch abbrach, weil Manfred und die Besucherin sich zur Begrüßung die Hand gaben, sich jedoch weigerte, eine entsprechende Anordnung, auf die er sich berief, vorzulegen und die es auch nicht gibt. Denn nach einem Telefonat mit dem Haftrichter konnte der Besuch am Nachmittag nachgeholt werden (mit Begrüßung).
Derselbe Beamte forderte bei dem anschließenden Gespräch zwischen Manfred und der anderen Besucherin plötzlich ein Themenwechsel unter der Androhung, auch diesen Besuch abzubrechen, als die Diskussion um Verknüpfung zwischen Polizei – Justiz – Staatsschutz ging; juristisch fehlt ihm jegliche Kompetenz zu einem solchen Vorgehen. Er machte seine Drohung wahr beim anschließenden Gespräch zwischen Klaus Jünschke und der Genossin, als gerade knapp die Hälfte der 1stündigen Sprechzeit um war und Klaus den Satz formulierte „Die Notwendigkeit der Guerilla und des anti-imperialistischen Kampfes ergibt sich aus dem Verhältnis BRD – USA." Ohne jeden weiteren Kommentar ließ der Beamte den Gefangenen abführen. Gegen den LKA-Beamten haben die beiden Frauen eine Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt.

Repressalien dieser Art sind zu sehen als Fortsetzung der moralischen Isolation gegen die Genossen aus der RAF, d.h. auf diese Art und Weise sollen Leute, die Interesse an einer direkten Auseinandersetzung haben und Besuchsanträge stellen, verunsichert und eingeschüchtert werden und die Gefangenen von jeder politischen Diskussion mit draußen abgeschnitten werden, was auf die Dauer mit eine Zerstörung ihrer politischen Identität bewirken soll.

VERSCHÄRFTE ZENSUR BEI POLITISCHEN GEFANGENEN

HAMBURG, 18 Juli

Über neue Zensurpraktiken im Hamburger Untersuchungsgefängnis informierten uns einige Anwälte:

Für die Gefangenen aus der RAF im Hamburger Untersuchungsgefängnis besteht die Gefahr, vom Bezug fortschrittlicher Zeitungen total ausgeschloßen zu werden.
Seit dem Ende des letzten Hungerstreiks praktiziert das Landgericht eine neue Form der Zeitschriftenzensur:wenn eine Zeitung 7 mal hintereinander vom Richter beschlagnahmt wurde, wird sie für alle Zukunft nicht mehr ausgehändigt. Das "Info Berliner Undogmatischer Gruppen"

wird nicht mehr ausgeteilt, "solange sich für eine Änderung der Zielsetzung und des Redaktionsstils keine wesentlichen Ansatzpunkte ergeben". Bei anderen Zeitschriften, wie dem ID und dem Hamburger Info, wird mit großer Regelmäßigkeit bald die Zahl 7 erreicht sein. Diese Totalzensur ist der bisherige Höhepunkt einer unerträglich dreisten Zensurpraxis bei politischen Gefangenen, bei der es bisher schon üblich war, vervielfältigte Begründungen und Standardvordrucke zu verwenden. Das Landgericht kann sich bei dieser Willkür der Billigung des Oberlandesgerichtes sicher sein.

NEUES ZUM RUSSEL–TRIBUNAL

FRANKFURT 20. Juli *Bei uns treffen zahlreiche Erklärungen/Resolutionen/Meinungen und Berichte zum Russell-Tribunal ein – und wir wissen nicht so recht, was wir damit anfangen sollen. Bevor uns nichts anderes einfällt, machen wir jetzt jeweils eine kurze Wochenübersicht und schicken das Material dann an das vorläufige Sekretariat nach Berlin.*

Das Sekretariat hat den 3. Rundbrief verschickt, darin steht u.a.: „Das vorläufige Sekretariat wird in nächster Zeit regelmäßig Rundbriefe herausgeben, die der Information der Unterstützerbewegung und auch deren Kommunikation untereinander dienen sollen. Die Rundbriefe wenden sich nicht an die breite Öffentlichkeit und werden deshalb auch nicht verkauft, sondern der Unterstützerbewegung zugesandt" (zu beziehen über das Sekretariat). Und: „Die Spendensammlung zeitigt erste Erfolge. Bis zum 14.7. sind 11.565,79 DM auf den Konten eingegangen. Das ist aber noch lange nicht genug, denn nach einer vorläufigen Schätzung wird das Tribunal mindestens 200.000 DM kosten...", und:

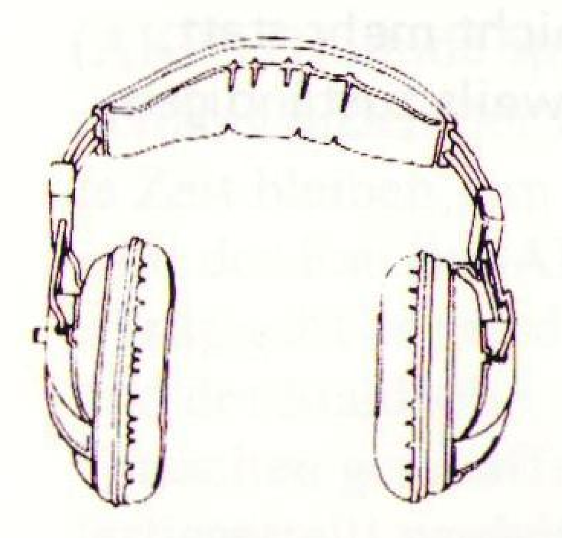
„In der letzten Zeit wurde häufiger die Frage gestellt, ob ein Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD und Berlin-West nicht ein Stück zu hoch gegriffen sei, insbesondere da es sich direkt an die Tribunale über die Kriegsverbrechen in Vietnam und die Folter in Lateinamerika anschließt... Die Foundation stellt die Situation in Deutschland nicht in eine Reihe mit der in Vietnam oder Lateinamerika, sondern die Foundation empfiehlt eine Untersuchung. Eine direkte Vergleichbarkeit schließt sich schon deshalb aus, weil das Tribunal erstmals in dem Staat stattfinden wird und kann, in dem Menschenrechtsverletzungen vermutet werden. In Vietnam und Lateinamerika war es unmöglich, Tribunale durchzuführen. Weiterhin betont die Russell Foundation, daß ihr aus allen Teilen Westeuropas Appelle für ein solches Tribunal zugegangen sind. In diesen Appellen spiegelt sich die wachsende Besorgnis des Auslands über undemokratische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder. Die Einzigartigkeit dieser Entwicklung ist daher einer der entscheidenden Gründe für die Einberufung des Russell Tribunals...", und:

ÜBERSICHT ZUM STAND DER UNTERSTÜTZUNG:
„Akademischer Senat der FHSS Berlin; CISNU, Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner Gruppen Kiel, Hannover; Bundesvorstand Deutsche Jungdemokraten; Die Falken Gruppen Hannover und Kiel; GEW Berlin; GIM; Homosexuelle Aktion Hamburg; Humanistische Union; Informationsstelle Lateinamerika; Jungsozialisten Hannover und Landesverband Württemberg; KB, Liberaler Hochschulverband (LHV) Sozialistische Büro (SB); Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS); Verband der Schriftsteller in der IG Druck; Amnesty International (begrüßt ein Tribunal);

Unterstützungsgruppen arbeiten in:
Augsburg, Berlin, Bielefeld, Kiel, Bonn, Darmstadt, Emden, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Lübeck, Mainz, Marburg, München, Nürnberg."

Adresse: Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals
D – 1000 Berlin, Ahornstr.5; Tel.: 030 / 211 91 38
Spenden an:
Bankkonto Nr. 0254 585300, Thomas Dieckmann - Sonderkonto Russell-Tribunal bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00
Postscheckkonto: Nr. 415909–100, Th. Dieckmann Postscheckamt Berlin– West, BLZ 100 100 10

Desweiteren liegen vor und werden an das Sekretariat geschickt:
– Leserbrief des Aktionskomitees gegen Berufsverbote an der FU zu einem Artikel im ‚Arbeiterkampf' – Materialien und Erklärungen des Komitees zum KB
– Resolution von Vertretern von Schwulengruppen aus Essen, West-Berlin, Bremen, Kiel, Bielefeld, Heidelberg, Göttingen, Oberhausen, Salzgitter und Hamburg: Sie wollen das Tribunal aktiv unterstützen mit Material u.a. über: Behinderung und Verbot von Öffentlichkeitsarbeit, Stereotaktische Hirnoperationen an Schwulen, Berufsverbot für Schwule, Pressehetze usw. Kontakt: Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld, c/o AStA Universität, Postfach 8640, 48 Bielefeld 1.
– Protokoll der 2. Arbeitskonferenz am 25./26.6. in Göttingen. Kontakt: Ulrich Henschel, Wilstorferstr. 86, 2100 Hamburg 90.
– Resolution, verabschiedet am 24.6. in Hamburg auf einer Veranstaltung zu Zensurpraktiken in der BRD: Freilassung von Günter Sonnenberg, Verlegung von Verena Becker und Sabine Schmitz sowie die Gefangenen aus dem ‚Kommando Holger Meins' in den 7. Stock in Stammheim, Konzentration politischer Gefangener in Gruppen von mindestens 15 Leuten.
– Brief der Hildesheimer Initiativzeitung, die ihre Unterschrift unter der Göttinger Arbeitsgruppen-Resolution zurückzieht, die Einrichtung des Tribunals aber weiter unterstützt.



KAMPAGNE GEGEN LIENHART DELEKAT

BONN, Juli 1977 *Aus Bonn erreichte uns ein Faltblatt, das sich des Längeren und Breiteren mit den „Schwierigkeiten, heute ein politisch engagierter Christ zu sein" auseinandersetzt. Es geht um den Theologieprofessor Lienhart Delekat. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Papier:*

In den letzten beiden Wochen ist in den Bonner Zeitungen (Rundschau und Generalanzeiger) eine Kampagne gegen Professor Dr. Lienhart Delekat zu beobachten, die das klare Ziel hat, den Inhaber des Lehrstuhls für Altes Testament an der evangelisch–theologischen Fakultät in seiner Kirche und an der Universität zu erledigen.

Der Gemeinderat sieht sich durch die Art und Weise, in der hier ein einzelner Bürger, Christ und Hochschulangehöriger diffamiert wird, zu einer Stellungnahme aufgefordert. Dies gilt umso stärker, weil am „Fall Delekat" ganz besonders deutlich wird, wie zur Zeit in der BRD die Auseinandersetzung mit solchen Personen und Positionen geführt wird, die der gegenwärtigen Staats– und Gesellschaftsordnung kritisch gegenüberstehen...

Delekat hat zusammen mit 34 anderen Bonner Bürgern – zumeist Studenten – in einem Flugblatt zur Solidarität mit dem Göttinger ASTA aufgerufen, der wegen der Veröffentlichung des umstrittenen "Buback –Nachrufs" von der Amtsenthebung bedroht ist. Zusammen mit dem Solidaritätsaufruf mit dem ASTA Göttingen wurde der "Nachruf" abgedruckt, wobei ausdrücklich – und noch optisch hervorgehoben! – erklärt wurde, daß sich die unterzeichnenden Bonner Bürger mit Wörtern und Passagen des veröffentlichten Aufrufs nicht identifizieren.

Kurz nach der Veröffentlichung dieses Flugblattes wurde in der Bonner Presse in großer Aufmachung auf der ersten Seite berichtet, daß auf Grund einer Strafanzeige die Staatsanwaltschaft in Bonn ein Ermittlungsverfahren gegen Delekat und die anderen Unterzeichner eingeleitet habe wegen des Verdachts der Verungimpfung der Ehre eines Toten. In Verbindung mit der Meldung über das eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde in der Presse(GA) die Entfernung von Delekat aus seinem Amt als Hochschullehrer und – indirekt- sein Auschluß von der kirchlichen Verkündigung gefordert... Ebenso absichtslos–unseriös ist die breite Aufmachung (Schlagzeile !) des Berichtes über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens. Es wird verschwiegen, daß das Gesetz die Staatsanwaltschaft zwingt, jeder noch so abwegigen Strafanzeige nachzugehen und zu ermitteln...

Es bleibt nur zu hoffen, daß die Bonner Presse über die mit Sicherheit bald erfolgende Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Delekat in der gleichen Ausführlichkeit und Aufmachung berichtet; allerdings ist dies eine Hoffnung gegen alle einschlägigen Erfahrungen mit der Presse...

Kennzeichnend für die gegenwärtige Art der Auseinandersetzung mit unbequemen Ansichten ist die unverblümte Aufforderung an Universitäts–und Kirchenleitung, das "Verhalten von Delekat zu interpretieren" und "Konsequenzen zu ziehen". Im Klartext bedeutet das die Aufforderung, über Delekat ein Tribunal zu veranstalten, seine veröffentlichte Meinung einer nachträglichen Zensur zu unterziehen und ihn aus dem Amt zu entfernen. Die argumentative Auseinandersetzung mit der vertretenen Meinung findet nicht mehr statt, sondern wird durch den Ruf nach dem jeweils zuständigen starken Mann ersetzt...



Die volle Tragweite der Presseangriffe, die noch weit über die Person von Delekat hinausgeht, zeigt sich vor allem an der Äußerung im GA, es sei schon immer die Art und Vorgehensweise von Terroristen gewesen, sich als "unbequeme Denker" zu tarnen. Jeder Kritiker gegenwärtiger Verhältnisse ist danach zunächst einmal im Verdacht, ein im Schlafpelz der "Unbequemlichkeit" getarnter Terror–Symphatisant zu sein, mag er dann im Einzelfall nachweisen, daß dies bei ihm zufällig nicht zutrifft!
Selten wird so unverblümt die Gleichsetzung von gesellschaftskritischer Position und Kriminalität vorgenommen; selten ist der oft praktizierte Mechanismus der Diffamierung und Kriminalisierung des Andersdenkenden so klar offengelegt worden!...

Der Gemeinderat der Katholischen Studentengemeinde Bonn weist die Diffamierungen und Unterstellungen gegen Delekat entschieden zurück. Als Ausdruck dafür, daß wir Delekat in der gegen ihn unternommenen, aber nicht nur auf ihn abzielenden Kampagne nicht isoliert stehen lassen, lädt der Gemeinderat Delekat für das Wintersemester zu einer Veranstaltung (Gottesdienst, Vortrag.....) in die KSG ein. Als Thema schlägt der Gemeinderat vor: Von den Schwierigkeiten, hierzulande ein politisch engagierter Christ zu sein.....(und warum man es doch immer wieder wagen soll!!)

Diese Resolution wurde in der Gemeinderatssitzung vom 11. 7. 77 vom Gemeinderat der Katholischen Studentengemeinde Bonn bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

REISEN NACH DRÜBEN: FÜR SCHWÄBISCHE STAATSDIENER GENEHMIGUNGSPFLICHTIG

Stuttgart 18.Juli *Im "s' Blättle", Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung, Nr. 19 fanden wir ein Dokument über die Freizügigkeit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg:*

...viel massiver wird jetzt aber die Freizügigkeit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg eingeschränkt: Reisen in "Länder des kommunistischen Machtbereichs" müssen genehmigt werden. Dem Ruf "Hau ab nach drüben" kann jetzt gekontert werden: "Ja, wird das denn auch genehmigt ?" Der Erlaß im Wortlaut:

Oberschulamt Stuttgart
AV VS–NfD/61–1

An die Staatlichen Schulämter, Gymnasien, Beruflichen Schulen im Oberschulbereich

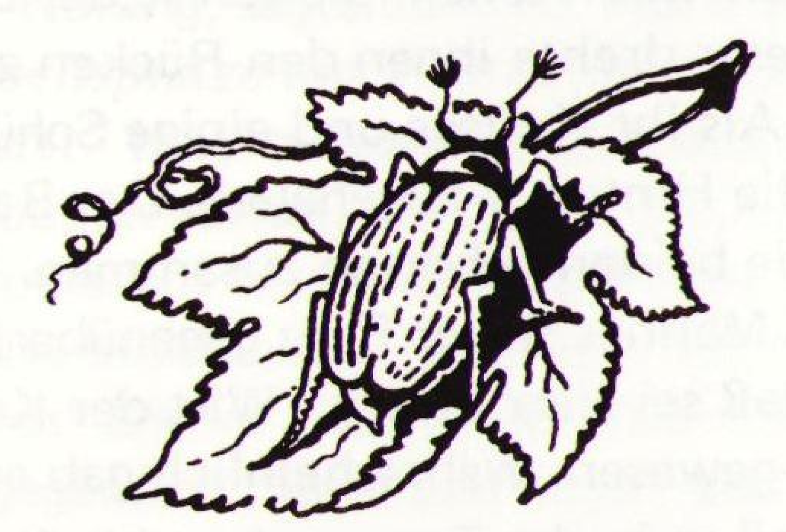
Betr.: Anordnung der Landesregierung über die Reisen von Landesbediensteten in und durch den kommunistischen Machtbereich.(Ostreisebestimmungen)
Das Oberschulamt bittet, allen Bediensteten nachstehende, von der Landesregierung beschlossene Reisebestimmung bekanntzugeben:
1. Privatreisen der im öffentlichen Dienst beschäftigten Angehörigen zu Tagungen und anderen öffentlichen Veranstaltungen im kommunistischen Machtbereich sind dem Oberschulamt sechs Wochen vor Antritt anzuzeigen. Die Reise kann untersagt werden, falls es besondere Umstände im Einzelfall erfordern.
2. Bei Dienstreisen in den kommunistischen Machtbereich sind besondere Bestimmungen zu beachten. Im Genehmigungsverfahren werden die zu beachtenden Vorschriften bekanntgegeben.
Zum kommunistischen Machtbereich im obigen Sinne zählen: DDR und Berlin(Ost), Albanien, Bulgarien, Volksrepublik China, CSSR, Jugoslawien, Kuba, Äußere Mongolei, Nordkorea, Nordvietnam, Polen, Rumänien, UdSSR, Ungarn; Flugzeuge oder Schiffe unter der Flagge dieser Länder. Für Reisen auf den Transitwegen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet sowie für Reisen nach und durch Jugoslawien gilt die Anzeigepflicht nicht. Die bisher hierzu ergangenen Erlasse sind nicht mehr anzuwenden.

Schradi
Präsident

BERUFUNG IM FALL SILVIA GINGOLD

Frankfurt, Juli 1977 *Die Schülervertretung des Landes Hessen informiert in einem Faltblatt über die Berufungsverhandlung gegen die hessische Lehrerin Silvia Gingold*, die am Mittwoch, 27. Juli, 15 Uhr im zweiten Stock des Verwaltungsgerichtshofs Kassel, Brüder–Grimm Platz 1, stattfindet. Sie ruft die Schüler zur Solidarität mit Silvia Gingold auf, die 1975 wegen ihrer DKP–Mitgliedschaft aus dem Schuldienst entlassen worden war (ID 126). Das Verwaltungsgericht Kassel entschied dann im Mai 1976, daß Silvia wieder eingestellt werden muß. Dies passte dem Kultusminister Krollmann überhaupt nicht in den Kram. Er legte Berufung ein. Silvia Gingold arbeitet seit dem 12. August in einer "Zwei–Drittel–Stelle" im Schwalm–Eder–Kreis. Die dortigen Schüler wollen ein negatives Urteil auf keinen Fall hinnehmen. Die Schülervertretung fordert die Einstellung von Silvia Gingold in das Beamtenverhältnis. Sie bittet um Unterschriftensammlungen, Resolutionen, Wandzeitungen und Info–Stände, Diskussionen und eine "massenhafte Prozeßbeteiligung".

KONTAKTADRESSE: Schülervertretung des Landes Hessen–Landesvorstand, 6000 Frankfurt 1, Große Bockenheimer Str. 29



HEINZ BRANDT GEGEN ATOMFILZ: EINS ZU NULL

FRANKFURT 20. Juli Daß das Ausschlußverfahren der Industriegewerkschaft Metall gegen Heinz Brandt eingestellt ist und der Vorstand sich darauf beschränkt hat, sein „Mißfallen" auszudrücken, ist in der Presse berichtet worden. (Heinz Brandt hatte in Itzehoe am 19. Februar vor dem „Atomfilz" gewarnt: „Unter Atomfilz verstehe ich den reichbezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit ihr widerlich verfilzt ist zu unser aller Schaden." Siehe dazu ID 166.)

Die „Initiative gegen die Verteufelung innergewerkschaftlicher Kritik – Für die Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen Heinz Brandt" hat in drei Infos Reden von Heinz Brandt, Dokumente über die Solidarisierung vieler Verbände und Gruppen in den Gewerkschaften, Interviews und Pressestimmen zusammengestellt. (Für 1,50 DM bekommt ihr die drei Infos bei Frieder Stichler, Gerauer Straße 50, 6000 Frankfurt 71, Telefon 0611 / 67 24 40.)

Zur Einstellung des Verfahrens hat die Initiative u. a. folgendes geschrieben:

„Na ja, wir hatten nicht erwartet, daß sich der gleiche Vorstand, der der Einleitung des Verfahrens zustimmte, auch die 'untersuchungswürdigen' Aussagen von Heinz zu eigen machen würde. Trotzdem hinterläßt die Art und Weise, wie der Vorstand das Verfahren einstellte (einerseits Einstellung des Verfahrens/andererseits 'Rüge' – was eigentlich nur über ein Verfahren möglich ist – der Äußerungen) einen bitteren Beigeschmack. Man wird also noch abwarten müssen, was wirklich dahinter steckt.

Aber dieses zweideutige Verhalten des Vorstandes macht auch deutlich, daß dieser Fall 'nicht wie jeder andere' (obwohl das Gegenteil in peinlicher Häufigkeit gegenüber einer Delegation der Initiative immer wieder behauptet wurde) behandelt wurde. Nicht wegen der Person Heinz Brandt, denn andere ‚prominente' Gewerkschafter sind schon der innergewerkschaftlichen Repression zum Opfer gefallen. Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß alleine die breite Solidaritätsbewegung, die Unterschriftenaktionen, die Verbreitung von Aufklärungsmaterialien, die Einreichung und Verabschiedung von Resolutionen, die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit diesen vorläufigen Sieg möglich gemacht haben.

Das Kräfteverhältnis war entscheidend. Der Vorstand wollte keine weiteren Vorwände für Solidaritätsmaßnahmen geben. Wollte verhindern, daß weitere Kolleginnen und Kollegen mobilisiert werden. Wollte vor allem verhindern, daß über den Fall Heinz Brandt hinaus unangenehme Fragen in Sachen innergewerkschaftlicher Demokratie, des Rechtes auf Kritik und unterschiedliche Positionen, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die selbstherrlichen Praktiken bestimmter Gewerkschaftsfunktionäre gestellt werden.

In Sachen Heinz Brandt ist ein Teilerfolg errungen worden. Der Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie und alle sie einschränkenden Maßnahmen (in erster Linie die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse") muß weitergehen. Dabei können wir auf die Zusammenarbeit von Gewerkschaftern in der Heinz Brandt-Solidaritätsarbeit bauen. Über Vorschläge für eine solche Arbeit wird die 'Initiative' alle Interessierten auf dem laufenden halten."

GROHNDE AKTUELL:

HAMELN 20. Juli *In einem Extrablatt des „Anti-Atom-Dorf-Kurier" teilen die Platzbesetzer mit:*

„Die Lage um den Bau des Atomkraftwerks (AKW) Grohnde spitzt sich zu: Entgegen der Auflage des Gerichts, wonach der Preussag vor dem Baustop max. drei Monate Zeit bleiben, um Konservierungsmaßnahmen durchzuführen, wird der Bau des AKW weiterhin voll vorangetrieben! Gegenwärtig geht es um den Einbau des sogenannten Reaktorkerns und der Stahlhülle, die diesen umgibt. So werden laufend neue Tatsachen geschaffen, die zeigen, daß der Bau mit allen Mitteln fertiggestellt werden soll. Sichtbare Zeichen sind schon jetzt vorhanden:

- Ein orangefarbenes Krangestell und ein erst kürzlich errichteter Gittermast, auf dem eine elektronische ferngesteuerte Kamera und Abhörmikrofone installiert sind, mit denen jede Bewegung im Dorf kontrolliert werden soll.
- Während der letzten Tage wurden – jeweils in den frühen Morgenstunden unter Polizeischutz Schwertransporte auf das Baugelände gefahren. Wachposten aus dem Dorf, die diese Aktivitäten beobachten, werden von der Polizei behindert, einer wurde sogar unter fadenscheinigen Gründen für 12 Stunden festgenommen.

Klarer als bisher stellt sich nun die Frage, wie der Bau des AKW aufgehalten werden kann und welche Aufgabe dabei das Anti-AKW-Dorf hat. Wir halten es für eine gefährliche Illusion zu meinen, daß durch Nichtstun das Dorf vor einer Räumung von der Polizei sicher ist, der Bespitzelungssturm ist vielmehr schon ein praktischer Schritt der Gegenseite, um uns zu verunsichern und weitere massive Maßnahmen zum Bau des AKW und gegen uns vorzubereiten. Nichtstun in der jetzigen Situation erzeugt vielmehr Resignation und Einschüchterung. Wir schlagen daher vor, daß die praktische Verhinderung weiterer Baumaßnahmen und besonders das Aufhalten der weiteren Schwertransporte überall diskutiert und vorbereitet wird.

Man muß sich dabei klarmachen, daß diese Transporte entscheidend für die weiteren Bauarbeiten am AKW sind! Einen Schwertransport aufzuhalten, der unter Polizeischutz fährt, ist keine leichte Aufgabe, sie erfordert viel Fantasie und vor allem die praktische Unterstützung vieler Menschen. Wir wissen aber, daß wir nicht allein sind. In der Wilster Marsch laufen die Vorbereitungen, um die Rückführung der Baumaschinen nach Brokdorf zu verhindern, sobald dort der Baustopp aufgehoben wird. Angesichts der zu erwartenden Hetze der Betreiber gegen jede Aktion unsererseits halten wir die offene und breite Diskussion über die Notwendigkeit des praktischen Widerstands für wichtig, denn Unterstützung können wir nur erwarten, wenn viele Menschen unser Vorgehen verstehenund es gutheißen.

Grohnde 18.Juli In der Nacht vom 11. auf 12.Juli werden unsere Nachtwachen von der Polizei mit gezogener Pistole kontrolliert. Sie fanden im Auto von Joachim H. vom ANTI–ATOMDORF eine Motorsäge. Er wurde festgenommen und 12 Stunden in der Polizeiwache von Hameln wegen angeblichen Diebstahls festgehalten.

WAS SOLL DAS GANZE ?

Jede Nacht wird vom Anti-Atomdorf aus Nachtwache auf den Zufahrtsstraßen zum AKW gemacht. Wir wissen, daß zur Zeit trotz Baustopp wichtige Teile für den Reaktor (Kühlwasserdruckbehälter) angeliefert werden. Es ist klar, daß wir das verhindern wollen. In dieser Nacht hatten wir frühzeitig davon erfahren. Während der Schwertransporter kam, wurden unsere Nachtwachen in Bodenwerder und Ohr kontrolliert und festgehalten, sodaß wir im Anti-Atomdorf nicht benachrichtigt werden konnten. Joachim ist nach der ersten Polizeikontrolle in Bodenwerder sofort zum Anti-Atomdorf gefahren. Deswegen fuhr er nach Ohr zu den Nachtwachen, um sie zu benachrichtigen. Dabei wurde er dann festgenommen.

ES GEHT NICHT UM DIE MOTORSÄGE !

Sägen gibt es bei uns im Dorf schon seit einiger Zeit. Wir brauchen sie, um unsere Holzhäuser zu bauen. Es ging in dieser Situation der Polizei darum, unseren konkreten Widerstand (Blockade der Einfahrt zum AKW) zu verhindern. Wenn jetzt nur von dem angeblichen Diebstahl die Rede ist, dann geht es darum, uns im Anti-Atomdorf zu kriminalisieren und zu verhindern, daß die Bevölkerung am Widerstand teilnimmt.

GROHNDE 21. Juli *Von den Platzbesetzern des AKW-Bauplatzes Grohnde kommt folgende Presseerklärung:*

„In den frühen Morgenstunden des 21. Juli konnte ein Schwertransporter, dessen Ladung für den Bau des Atomkraftwerkes Grohnde bestimmt war, von uns aufgehalten werden. Er wurde von uns binnen einer Stunde abgeladen. Danach kam es zu einem Polizeieinsatz mit dem Schlagstock. Ein Vordringen der Polizei in das Anti-AKW-Dorf sowie Festnahmen konnten jedoch von uns verhindert werden. Wir haben diese Aktion aufgrund der bisherigen Erfahrung durchgeführt, daß die Anti-AKW-Bewegung ihre entscheidende Stärke nur dort gewinnen kann, wo Menschen gegen den Bau von Atomanlagen praktisch Widerstand leisten."

Kontaktadresse: Bürgerinitiative Hameln, Informationsbüro, Neue Marktstr. 27, 3250 Hameln, Tel. 05151/21967.

Außerdem werden alle Leute, die nicht am Arbeitstreffen 23./24. Juli teilnehmen, gebeten sich am 25./26. beim Informationsbüro melden, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

SPRÜHAKTION GEGEN FRAUENFEINDLICHEN GASTWIRT

FRANKFURT 21. Juli *Von einer Gruppe Frankfurter Frauen erhielten wir folgenden Bericht:*

"Letzten Donnerstag, 14. Juli ging eine Frankfurter Lehrerin mit ihrer Klasse in eine Diskothek nach Sachsenhausen (Tenne). Als sie von der Tanzfläche aufs Klo gehen wollte, stellte sich ihr ein Typ in den Weg und machte sie aggressiv an. Sie versuchte ihn zur Seite zu schieben, was ihn aber nicht beeindruckte. Nach einigem Hin und Her gab sie ihm einen abwehrenden Stoß vor die Brust. In diesem Moment kam der Wirt der Tenne und nahm ihn beiseite. Für sie war damit die Angelegenheit mehr oder weniger erledigt, da sie sich gewehrt hatte. Um zum Klo zu gelangen, mußte sie durch eine kleine Bar gehen, in der nur der Barkeeper war. Als sie zurückkam, stand wieder der Typ vor ihr. Sie fühlte sich etwas ängstlich in diesem leeren Flur mit der leeren Bar daneben und versuchte möglichst rasch an ihm vorbeizukommen. Er faßte sie am Arm, drehte sie zu sich rum, und schlug ihr mit der Faust mehrere Male ins Gesicht. Ihre Nase schwoll an, blutete, sie konnte kaum noch sehen. Sie schrie,der Barkeeper solle ihr helfen. Dieser drehte ihnen den Rücken zu und zeigte keine Reaktionen. Als ihr Kollege und einige Schüler kamen, war der Typ über die Hintertür abgehauen. Der Barkeeper sagte, er hätte gedacht, die beiden gehörten zusammen. (das ist die legale Gewalt eines Mannes seiner Frau gegenüber). Der Tennenwirt sagte ihnen, daß sei Herr Strack - Wirt der Kneipe Pims in Sachsenhausen - gewesen. Wahrscheinlich gab er so bereitwillig Auskunft, weil es in der Tenne schon häufiger Ärger und diverse Schlägereien –weshalb er ein Ausländerverbot verhängte – gegeben hatte.

Im Krankenhaus dann Verdacht auf Nasenbeinbruch - allerdings erst nachdem sämtliche Personalien aufgeschrieben waren, der Zustand der Frau ist ja nicht so wichtig, Hauptsache, die Formulare sind korrekt ausgefüllt. Danach zu den Bullen. Sie erstattete Anzeige und wollte dann in Begleitung der Bullen in die Kneipe fahren, um zu sehen ob er es war. Die Bullen stellten aber die Bedingung, daß sie alleine mitkäme, da das Auto voll sei. Notgedrungen mußte sie sich darauf einlassen und konnte ihren Kollegen als Zeugen nicht mitnehmen. Als sie ins Pims kamen, saß der Typ da und sagte gleich, er wärs gewesen, und ob sie ihn jetzt mitnehmen wollten. Damit war die Sache klar und der juristische Teil dieser Angelegenheit läuft.

Am Sonntag traf sich eine Gruppe von Frauen, die nicht den Bullen und der Justiz überlassen will, mit der Gewalt, die gegen Frauen angewandt wird, umzugehen. Sie gehören selbst zu unsren Unterdrückern, einmal als Repräsentanten dieses Staates, zum anderen als Männer. Unser Handeln denen gegenüber, die uns Gewalt antun, kann und soll uns niemand aus der Hand nehmen. Wir gingen Montagnacht zu seiner Kneipe und sprühten: 'Dieser Wirt schlägt Frauen. Wir wehren uns. Frauenfeindlich', und ganz viele Frauenzeichen. Dies ist nicht als einmalige Aktion gedacht, sondern steht in einer Reihe von kontinuierlichen Widerstandsformen nicht nur gegen diesen einen Wirt, sondern gegen alle, die uns Gewalt antun. Wir glauben, daß es nicht reicht, sich immer nur darüber zu beklagen, wie frauenfeindlich diese Gesellschaft ist, sondern daß wir für uns Formen entwickeln müssen, konkret uns überall dort zu wehren, wo uns was verärgert, ein Verhalten, das Frauen in anderen Ländern z.B. in Frankreich schon länger praktizieren.

Inzwischen hat der Schlägertyp versucht, die Chose umzukehren, in dem er paradoxerweise gegen die Frau Anzeige erstattet hat. Sie hätte ihn attackiert. Lächerlich! Wir werden alles im Auge behalten (nicht nur dort)."

MESSERSCHMITT PRODUZIERT ARBEITSLOSE LEHRLINGE

HAMBURG 20. Juli *Die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (Luftfahrtindustrie) hat trotz staatlicher Sanierung Leute entlassen und sich dabei um die Gesetze wenig gekümmert (ID 175, 178). Jetzt geht es den Lehrlingen an den Kragen. Elf MBB-Lehrlinge schickten im Juni den folgenden Offenen Brief an den Hamburger Wirtschaftssenator Nölling, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied bei MBB, und an verschiedene Zeitungen (Morgenpost, Abendblatt, Metall u. a.):*

„Bei MBB/Unternehmensbereich Hamburg werden nicht nur ältere Kollegen entlassen (bisher 38). Seit einiger Zeit ist auch die Nichtübernahme für uns MBB-Lehrlinge, die wir im Sommer unsere Lehre beenden, so gut wie sicher. Das wären noch einmal 35 von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche.

Vor einem halben Jahr hat die MBB-Ausbildungsleitung uns noch Versprechungen gemacht. Einigen von uns wurde eine Umschulung in Aussicht gestellt. Das ist inzwischen jedoch alles vergessen.

Sie, Herr Dr. Nölling, sagten am 13. April vor der Bürgerschaft: „*Die Arbeitsplätze auf Finkenwerder sind jetzt schon bis 1979 gesichert.*" (nachzulesen in der „Morgenpost" vom 14. 4.). Zwei Wochen vorher, am 30. 3., hat die Bundesregierung ein Hilfsprogramm von etwa 500 Millionen DM für die Luftfahrtindustrie beschlossen, vor allem für Weiterbau und Absatz des Airbus! Die IG Metall und MBB-Personalchef Overbeck erklärten gegenüber der Presse sogar, daß MBB 1,5 Milliarden erhalten habe. Und überall in der Öffentlichkeit wurde erklärt, daß diese finanziellen Hilfsmaßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze auf Finkenwerder dienen sollen.

Irgendetwas kann hier jedoch nicht stimmen, werden die Arbeitsplätze bei MBB doch planmäßig abgebaut! Offensichtlich wird das Geld für andere Dinge verwendet. Noch eine andere Sache machte uns aufmerksam. Während in den Zeitungen jede Lehrstelle, die die Betriebe zusätzlich anbieten, stark herausgestrichen wird, findet die Tatsache, daß Lehrlinge nach der Lehre inzwischen massenweise auf die Straße gesetzt werden, kaum Beachtung. Wir meinen: Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung!"

Nölling hat darauf nicht geantwortet ...

Kontaktadresse: Ulrich Heyden, Willistraße 40, 2000 Hamburg 60, Telefon 040 / 47 71 46



STRAFVERFAHREN GEGEN STREIKPOSTEN EINGESTELLT

ELLWANGEN 20. Juli Während des Druckerstreiks 1976 haben Streikposten in Ellwangen (Nordwürttemberg) die Auslieferung von Notzeitungen verhindert. Das hatte gerichtliche Folgen (siehe dazu ID 133, 135, 165, 167, 168). Ein Strafverfahren gegen 14 Streikposten wegen Nötigung und Landfriedensbruch ist inzwischen eingestellt worden. Dazu steht in einer Dokumentation der IG Druck und Papier:

„Auf dem Hintergrund der großartigen Solidarität der Kolleginnen und Kollegen in der ganzen Bundesrepublik nahmen zwei Rechtsanwälte und ein Vertreter des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier Verhandlungen mit dem Staatsanwalt und dem zuständigen Richter auf. Das Verhandlungsziel war Einstellung des Verfahrens. Als Ergebnis dieser Gespräche wurde den 14 Streikposten von den Rechtsanwälten und dem Vertreter des Hauptvorstandes folgender Vorschlag gemacht:

- *Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichts*
- *Zahlung eines Geldbetrages in Höhe von 500 DM an die Arbeiterwohlfahrt*
- *Erklärung der Angeklagten, nach ihrer jetzigen Information sei die Streikpostenaktion nicht mehr vom geltenden Streikrecht gedeckt:*

„Ich teile mit, daß ich erkennen muß, daß die Handlungsweise vom 6./7.5.1976 anläßlich der Tarifauseinandersetzungen 1976 nach meiner jetzigen Information nicht mehr vom geltenden Streikrecht gedeckt war. Soweit im Verlauf des Verfahrens – wie ich inzwischen erfahren habe – von Dritter Seite Gericht und Staatsanwaltschaft unsachlich angegriffen worden sind, war das nicht in meinem Sinn. Von solchen unsachlichen und beleidigenden Angriffen distanziere ich mich. Ich bitte um Einstellung des Strafverfahrens nach § 153 a StPO."

Die Betroffenen stimmten diesen Bedingungen zu. Zu dem Kompromiß sagte Karl Holzmann, 2. Landesvorsitzender der IG Druck und Papier, Stuttgart: „Wir haben mit der Faust in der Tasche den Kompromiß schlucken müssen; auch aus dem Grund, weil es eine ganze Reihe von Kollegen waren, zum Teil Leute mit Familie, die Angst hatten, daß ihre Ehe kaputtgeht, wenn sie vorbestraft werden. Es blieb praktisch kein anderer Ausweg, Wenn das zwei oder drei Kollegen gewesen wären, hätten wir es durchgezogen – vor allem zwei, drei Kollegen, die gesagt hätten, ich nehm das auf mich. Aber bei 14 und Familie zu Hause, da war das verdammt schwierig. Die wären verknackt worden, das steht einwandfrei fest. Das hätten wir nicht verhindern können.
Wir wären daran interessiert gewesen, sowas durchzuziehen und zu dokumentieren, wie es so in unserem Staat aussieht. Aber das geht alles, wenn die entsprechende Substanz da ist. So war es nicht möglich."

Über die Öffentlichkeitsarbeit des Ortsvereins Aalen und die Resonanz darauf steht in der Dokumentation

„Das Echo auf unser erstes Flugblatt im Februar war überwältigend: nach drei Wochen hatten wir bereits über 4 000 Unterschriften erhalten, die die sofortige Einstellung des Verfahrens und ein uneingeschränktes Streikrecht forderten. In den folgenden Wochen kamen täglich etwa 500 Unterschriften hinzu. Inzwischen, am 23.5. sind es 19.819.
Außerdem bekamen wir 104 Solidaritätsresolutionen, die uns in unserem Protest bestärken, beim Schwabenverlag Ellwangen gingen 33 Protestbriefe ein und auch die Staatsanwaltschaft erhielt eine uns unbekannte Zahl von Zuschriften. Unterschriften erreichten uns von Gewerkschaften und Betrieben: ca. 75%; Politischen Organisationen: ca. 13%; anderen (Privatpersonen, Schulen): ca. 12%."

Diese Öffentlichkeitsarbeit wurde von der Basis, der Ortsgruppe Aalen, geleistet. Etwa zu der Zeit, als die Ladung zur Hauptverhandlung rausging (Ende März), wurden die Aalender Drukker vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier zurückgepfiffen. Von nun an mußte alles, was an die Öffentlichkeit ging, von oben abgesegnet werden. Der Stil mancher Basis-Flugblätter war nicht genehm – und bald darauf gab es keine Informationen mehr: die Gewerkschaft wollte die Verhandlung mit Staatsanwalt und Richter über die Einstellung der Strafverfahren nicht gefährden.

HAUSBESETZUNG IM SCHWABENLÄNDLE ERFOLGREICH BEENDET

STETTEN Juli 1977 Jugendliche aus Stetten berichten über ihren Kampf um ein Jugendzentrum (siehe auch ID 170, 175):

'Nach über 3 Monaten wurde die Besetzung in der Klosterstr. 20 a am 28.6.77 erfolgreich beendet.

Zur Vorgeschichte:

Stetten im Remstal, ein Dorf mit 5000 Einwohnern, überwiegend noch bäuerlich geprägt. Unsere Initiative entstand 1968. 1974 erkämpften wir von der Gemeinde das Haus in der Klosterstraße. Stetten wurde im Jahr darauf mit der Nachbargemeinde zwangszusammengeschlossen, der neue Gemeinderat strich die Gelder für den Ausbau. Darauf begannen wir, das Haus in Eigenarbeit auszubauen. Anfang 76 legte uns dann die Gemeinde einen sogenannten Nutzungsvertrag vor, der die Selbstverwaltung des JZs kaputtmachen sollte. Wir sollten sämtliche Kosten (Ausbau und Unterhaltung) übernehmen, sämtliche Haftungen für das Haus tragen, kein Alkoholausschank, keine Tanzveranstaltungen, jederzeitige fristlose Kündigung usw. Als wir den Vertrag nicht unterschrieben, setzte uns die Gemeinde im November 76 auf die Straße. Danach gabs eine mißratene Besetzung von 30 Minuten (sie war viel zu schlecht vorbereitet) und eine Demonstration.

Am 18.3.77 (dem Jahrestag der Pariser Kommune) wurde das Haus von ca. 40 Jugendlichen besetzt. In derselben Nacht verteilten wir noch 4000 Flugblätter an alle Haushalte. Dadurch und durch die massive Unterstützung unserer Eltern und der anderen JZs im Rems-Murr-Kreis wurde die zu erwartende Räumnung verhindert. (Der Bürgermeister hatte sie verlangt, aber die anwesenden Polizisten hatten sie wegen der 'Verhältnismäßigkeit der Mittel' abgelehnt.) Interessant waren die Reaktionen der Gemeinde auf die Besetzung: Zuerst drohten sie uns mit der Räumung, dann wollten sie einen (!) Verantwortlichen, dann meinten sie, man könne doch über alles reden und wir sollten doch die 'demokratischen Spielregeln' einhalten. Als das alles nichts half, verlegte sie sich aufs Tricksen. Sie machte uns einen Kompromisvorschlag: Das Haus wird von uns geräumt und einem Treuhänder übergeben. Wenn die Vertragsverhandlungen nichts bringen, können wir das Haus ja wieder besetzen!!! Natürlich auch Fehlanzeige.

Dann folgte die Aushungerungstaktik. Wir hatten der Gemeinde unseren Entwurf für einen Mietvertrag geschickt. Wochenlang passierte nichts. Daraufhin besuchten wir mit 20-30 Leuten verschiedene Gemeinderäte zuhause und stellten sie mal zur Rede. Ein paar Tage später war dann ein neuer Vertragsentwurf der Gemeinde da. Nach einer weiteren Verhandlungsrunde konnten wir unsere Vorstellungen weitgehend

Dann gings immer mehr bergab mit unserer Initiative, unterbrochen von verschiedenen Widerstandsaktionen. So hatte die Gemeinde einen Bretterzaun um unser Haus gezogen mit dem Schild 'Betreten verboten'. Dieser Zaun versperrte eines Morgens dem Bürgermeister den Weg ins Rathaus. Im März 77 waren wir dann auf dem absoluten Tiefpunkt angekommen. Der Gemeinderat hatte beschlossen, mit uns nicht mehr zu verhandeln, nirgends im Dorf bekamen wir einen Raum, wo wir uns treffen konnten, die Gemeinde ließ unser JZ total verkommen. Ein großer Teil unserer Gruppe war jetzt bereit, den Vertrag der Gemeinde zu unterschreiben. Da haben wir dann beschlossen zu besetzen. Wir hatten ja nichts mehr zu verlieren. Innerhalb von 10 Tagen stellten wir das ganze auf die Füße. Wir hatten 3 Vorbereitungsgruppen, für Öffentlichkeitsarbeit, Programm und techn. Vorbereitung der Besetzung (Barrikaden usw.).

durchsetzen. Im Anschluß an diese Verhandlungsrunde bekam auch der zufällig in Stetten gastierende Landesherzog Filbinger sein Fett ab: 'Filbinger und Stoltenberg, ab ins Atomkraftwerk'.

Am 28.6.77, nach 102 Tagen (und Nächten) Hausbesetzung wurde in Anwesenheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen der neue Vertrag unterzeichnet: Die Gemeinde baut das JZ aus für 85 000,- DM, trägt alle Kosten des laufenden Unterhalts. Zutritt für Gemeindebeauftragte nur unter unserer Führung, die Selbstverwaltung wird schriftlich garantiert, halbjährige Kündigungsfrist auf Jahresende.

Rückwirkend können wir sagen, die Besetzung war richtig und notwendig. Sie war die einzige Möglichkeit, unsere Forderungen durchzusetzen.

Voraussetzungen für die erfolgreiche Besetzung waren:

1. die gründliche Vorbereitung
2. die intensive Öffentlichkeitsarbeit mit Flugblättern, Infoständen, persönlichen Gesprächen, Presse, Rundfunk und Fernsehen.
3. die Unterstützung durch unsere Eltern
4. unser Grundsatz, keine Verantwortlichen herausspalten zu lassen. Zu Verhandlungen gingen grundsätzlich alle, unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Und die Besetzung war auch a bissle gelebte Alternative, eine Möglichkeit, kollektives, gemeinsames Leben und Lernen zu erproben. (Jetzt hockt halt jeder nachts wieder alleine in seiner Bude und denkt wehmütig an die 'große Familie' der Hausbesetzer zurück). Und schließlich war während der Besetzung auch einiges los in unserem 'Kuhnest'. Die Hausbesetzer der Alexanderstr. aus Stuttgart waren da mit ihrem Theaterstück, es gab Filme, Diskussionen, Feste, eine Demonstration mit 200 Jugendlichen (und roten Fahnen), Fußballturnier und zum Abschluß das 1. deutsche Hausbesetzertreffen vom 17.-19.6.77 mit Hausbesetzern aus Berlin (Rauch-Haus, Feuerwache) und Königstein/Taunus. Dieses Hausbesetzertreffen soll übrigens fortgesetzt werden.

Wie gehts nun weiter? Zuerst wird das Haus so schnell wie möglich vollständig ausgebaut, damit der normale Betrieb aufgenommen werden kann. Und im Herbst gibts einen Indianermonat im JZ.

Aber zunächst machen wir mal alle Urlaub. (Und wenn wir mal Luscht haben, schreiben wir vielleicht ne Doku)

FRIEDE DEN HÜTTEN, KRIEG DEN PALÄSTEN!'

Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Klosterstr. 20 a, Postfach 2101, 7055 Stetten/Remstal

AMTSENTHEBUNG FINDET VORLÄUFIG NICHT STATT

MÜNSTER, 19. Juli *Nachdem Ende Juni dem ASTA der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster (WWU) der Prozeß wegen Wahrnehmung des politischen Mandats gemacht wurde und er zu einer 60 000 DM Geldstrafe verurteilt wurde, hat der Rektor der Universität dem ASTA ein Ultimatum bis zum 15. 7. gestellt.*

Wenn der Asta bis dahin nicht erkläre, daß er die Gerichtsbeschlüße respektiere und vom politischen Mandat Abstand nähme, wolle er ihn absetzen lassen (siehe dazu ID Nr. 185). Am 14. 7. hat der Asta eine Presseerklärung herausgegeben, in der es u.a. heißt:

„Der ASTA hat heute dem Rektor der Universität Münster eine Erklärung zu seinem Ultimatum zugesandt. Darin hat der ASTA zum Ausdruck gebracht, daß er die Urteile und Beschlüße des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Münster respektiere, ohne sich jedoch dadurch von seiner Rechtsauffassung abbringen zu lassen. Der ASTA ist aber weiterhin der Meinung, daß die Rechtsprechung in der Frage des politischen Mandats unhaltbar ist.

Die Namen der verantwortlichen ASTA–Mitglieder aus den vergangenen Jahren wird der ASTA n i c h t herausgeben. Der ASTA handelte in allen umstrittenen Fragen als Kollektiv und ist politisch und finanziell vom Studentenparlament entlastet worden. Im übrigen hatten die ASTA –Mitglieder bei aller Kritik an der Rechtsprechung schon immer erklärt, sich an geltendes Recht zu halten.

Der ASTA wird weiterhin gemäß seines Auftrags aus der Universitätsverfassung und der vom Senat der Universität genehmigten Studentenschaftssatzung die studentischen Interessen offensiv vertreten.

Der ASTA verurteilt die erpresserischen Maßnahmen des Rektors, der sich damit unverblümt auf die Seite der klagenden RCDS–Mitglieder stellt, die beabsichtigen, die Studentenschaft zu liquidieren, wie sich bei der Ablehnung des Vergleichsvorschlags des OVG vor einer Woche zeigte. Damit stellt sich der Rektor gegen die Universitätsverfassung. Nicht nur für uns ist es an der Zeit, daß dieser Rektor seinen Stuhl räumt."

Diese Presserklärung des ASTA wurde vom Rektor so 'mißverstanden', daß er in ihr die Bereitschaft erkannte, auf das politische Mandat zu verzichten, deshalb hat der Rektor die Amtsenthebung des ASTA nicht durchführen lassen, was sicher ein Erfolg für den ASTA ist. Da der ASTA das politische Mandat aber weiterhin wahrnehmen will, könnte es nach der Sommerpause zu einer erneuten Eskalation in Münster kommen.

INTERNATIONALES

LIP: WILDE LOHNZAHLUNG TROTZ ALLER REPRESSALIEN

Besancon 15.Juli Am Samstag, den 9.Juli, einige Tage vor der vorgesehenen ersten wilden Lohnzahlung bei LIP, drang die Polizei gleich zweimal innerhalb vom 12 Stunden in die Fabrik ein. Einmal, um der Fabrik die elektrische Stromzufuhr ein viertes Mal zu unterbrechen (siehe auch ID Nr. 185). Techniker der EDF, begleitet von Polizisten, setzten im Auftrag des Konkursverwalters den von den LIP's angebrachten Transformator außer Betrieb. Ein zweites Mal drangen etwa 60 Zivilbullen begleitet von Uniformierten in die Empfangshalle der Fabrik ein, bedrängten die Uhrenverkäuferinnen und beschlagnahmten 388 Uhren, die zum Verkauf angeboten wurden und einen Wert von 55000 FF hatten. Kurze Zeit später erfuhren die LIP's, daß diese Aktion auf ein Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft hin im Rahmen eines 'in flagranti-Verfahrens' wegen "Verkauf von gestohlenen Uhren" stattgefunden hatte. Nach dem Protest einiger Gewerkschafter gegen diese Maßnahme, wurden diese mehr als zwei Stunden im Hauptpolizeirevier von Besancon festgehalten und über die Herkunft der verkauften Uhren ausgefragt. Die Antwort war einfach: diese Uhren wurden nicht gestohlen, sondern produziert und sie gehören den LIP–Arbeitern. Eine Viertelstunde nach ihrer Entlassung ging der Uhrenverkauf weiter...

Am Mittwoch, den 13.Juli, fand schließlich die neueste wilde Lohnauszahlung in aller Diskretion statt (die allererste hatte am 2.August 1973 stattgefunden). Den 50 LIP-Arbeitern, die ihre 90 % Arbeitslosengeld nicht mehr erhalten und ausbezahlt wurden, folgen im August die restlichen 450 Arbeiter, die am letzten Mittwoch erfuhren, daß die Arbeitslosenunterstützung endgültig eingestellt wird. Der Verkauf von 6000 Uhren, sowohl in der LIP–Fabrik als auch im Pariser Büro der CFDT, hat ihnen bis jetzt schon 900 000 FF für die nächsten Lohnzahlungen eingebracht. Wie die LIP's bis zum nächsten Frühjahr, wo sie bei einem Sieg der Linksparteien bei den Parlamentswahlen mit einer Lösung ihrer Situation rechnen, über die Runden kommen, wird sich zeigen.

In ihrer 'Einkaufsgruppe', die in Verbindung mit den Bauern der Gegend steht und in erster Linie für die Arbeitslosen in Besancon geschaffen wurde, verkaufen sie z.Zt. auch Geflügel und Wein (15 FF für das Kilo) und im LIP–Restaurant werden täglich etwa 200 Essen für 4 FF an Arbeitslose abgegeben. Die Handelskammer des Landkreises beginnt schon gegen diese wilden Verkaufspraktiken zu wettern und richtet Forderungen an die Behörden, gerichtliche Schritte gegen die LIP's einzuleiten.

ERNEUTER POLIZEIEINSATZ BEI LIP AM SAMSTAG, 16.JULI 77

Acht Tage nach dem letzten Polizeiüberfall bei LIP drang am Samstag vormittag erneut eine Gruppe von Zivilbullen, die sich als eine Gruppe Elsässer ausgegeben hatte, zu einem Zeitpunkt in die Verkaufshalle ein, als viele LIP–Arbeiter bei der Abfahrt der Tour de France demonstrierten. Vor der Fabrik hatten sich die CRS–Bullen postiert, die auf Befehl des Präfekten handelten und eigentlich nur in der Gegend waren, um die Tour de France zu begleiten. Die zum Verkauf zurückgebliebenen acht LIP–Arbeiter wurden festgehalten und die Fabrik wurde nach Uhren durchsucht. Die Bullen fanden 1438 Uhren, wovon jedoch mehr als die Hälfte Attrapen oder alte Modelle sind. Insgesamt wurden 400 Polizisten eingesetzt, um 400 Uhren, die für den Verkauf bestimmt waren, zu beschlagnahmen. Die acht LIP's wurden aufs Polizeirevier mitgenommen.

Der ausgelöste Alarm und ein Wagen mit Megaphon, der in der Stadt die neueste Polizeiaktion bekanntgibt, läßt die Gruppe von Leuten, die sich vor dem Polizeirevier einfindet, schnell auf über 200 ansteigen. Drei Stunden lang fordern die LIP–Arbeiter mit Parolen und Liedern die Freilassung ihrer Kollegen. Das geschieht dann gegen 16 Uhr. Die Demonstranten erfahren nun, daß es sich bei dem neuesten Polizeieinsatz um die Durchführung eines Rechtshilfeersuchens wegen des Verkaufs von Uhren aus dem versteckten Lager der LIP's handelt.

Zur Bedeutung der Polizeiaktion erklärte der CFDT–Delegierte Piaget:"Das zielt daraufhin, die Leute, die zu uns kommen zu entmutigen, die LIP's zu entmutigen. Aber man

soll sich nicht aufregen.. Wir haben soviel an Material zu Verfügung, um 100 000 Uhren in Umlauf zu bringen. Sie können uns wöchentlich 500 Uhren wegnehmen. Sie haben sie nur für einen Moment."
Sicherlich geht es bei den wiederholten Bullenaktionen auch darum, die öffentliche Meinung nach und nach auf eine dauernde Besetzung der Fabrik durch die Polizei vorzubereiten. Allerdings hat die 'Anti–LIP–Guerilla' der letzten Wochen jedesmal gegen ihre Anstifter zurückgeschlagen und nach der Ruhe der letzten 15 Monate um LIP ist im Moment eine Intensivierung der Solidarität mit den LIP's festzustellen.
Aus: Liberation

ANTI AKW–GRÜSSE AUS SCHWEDEN !!

Barsebäck *Aus Norddeutschland kam folgende Mitteilung:*
13.Juli

Atommarsch gegen AKW Barsebäck
am 10.September 1977--Internationales Umweltschutzlager in Ranstad vom 1.–7.8.1977

Die zwei Reaktoren des AKW–Barsebäck liegen im Zentrum einer Bevölkerung von 2,8 Millionen Menschen. Die Staaten Schweden und Dänemark planen diese Region bis zu 4 Mill. Menschen auszubauen – man nennt die neue "Hauptstadt" Örestad.
Das AKW Barsebäck ist von internationalem Interesse, da es die Hauptstadt eines anderen Landes, nämlich Kopenhagen mit 1,5 Mill. Einwohnern – ein Drittel der Bevölkerung Dänemarks, bedroht.
Barsebäck ist nach den Demonstrationen im letzten Jahr ein Symbol des AKW-Widerstands in Skandinavien.
Darum ist ein neuer Atommarsch gegen Barsebäck am 10.September von Anti–KKW–Gruppen und Umweltschutzgruppen in Norwegen, Dänemark und Schweden arrangiert. Der Marsch wird an einem Samstag durchgeführt. Man marschiert 20 km. Er fängt Samstag um 10.00 Uhr in Lomma nördlich von Malmö an. Man plant Übernachtung Freitag Abend und Samstag Abend. Die Dänen brauchen vielleicht alle Fähren. Es ist deshalb am besten, wenn die deutschen Freunde über Travemünde fahren.
Informationen von:
Roland Rittmann Box 49 23023 Anderslöv/Schweden
Tel. 410/ 20748
OOA Skindergade 26 I, 1159 Kopenhagen DK,1/110673.
Ranstad liegt in Mittelschweden. Dort gibt es eine der größten Uraniumfundstätten in der ganzen Welt mit einem Drittel des ganzen Urans in Europa. Die Bevölkerung hat kraftvoll protestiert, um den Landschaftsmord zu verhindern. Schweden muß in der Zukunft das Uran exportieren, um Erdöl zu bekommen. Es ist ein internationales Interesse , die Uranbergwerke und den Export von Uran zu verhindern.
Die Sprache während des Lagers wird wahrscheinlich schwedisch, denn die meisten Teilnehmer kommen aus Schweden, Dänemark und Norwegen. In Arbeitsgruppen kann wahrscheinlich englisch gesprochen werden.

Information und Anmeldung:

Roland Rittmann Box 49 23023 Anderslöv/Schweden

Tel 0410/20748
WILLKOMMEN IN SCHWEDEN !!

RIESIGE ANTI–KERNKRAFTWERK–DEMONSTRATION IM BASKENLAND

BILBAO 17. Juli Am 14. Juli demonstrierten ungefähr 200.000 Leute dagegen, daß die baskische Küste in eine Atomzone (ID 177) verwandelt werden soll. Sie forderten darüberhinaus den sofortigen Baustop des KKW von Lemoniz (Viskaya). Die Demonstration, zu der die Nachbarschaftsvereinigungen von Bilbao und das bereits bestehende Komitee zur Verteidigung einer nichtnuklearen baskischen Küste aufgerufen hatten, wurde von den meisten politischen Parteien unterstützt und war von der Regierung erlaubt worden, (was im Baskenland bekanntlich nicht gang und gäbe ist).

Die Demonstration setzte sich gegen acht Uhr abends im Park von Bilbao in Gang. Als Kennzeichen ein großes Transparent mit dem von Deuardo Chillida gezeichneten Anti-Kernkraftsymbol und der baskischen Parole: Ez, ez, centrales ez (nein, nein, KKW, nein). Vorneweg gingen das Komitee, darunter viele Ärzte und Künstler, einige Politiker, nach ihnen Mütter mit Kinderwagen, viele Kleinkinder und tausende von Leuten jeden Alters- hunderte von Fahnen, rote, schwarze, baskische, Transparente von Parteien, Nachbarschaftsvereinigungen, Gewerkschaften, lokalen Organisationen. Zwischendurch wurde eine Pantomime über den Tod gespielt, die Sense des Todes mit dabei, um daran zu erinnern, wieso man eigentlich demonstriere. Als die ersten Demonstranten um neun Uhr auf der Plaza de Zabalburu ankamen, waren die letzten von ihnen immer noch nicht losgegangen. Der Zug erstreckte sich über mehr als 1 1/2 Km. Auf der anschließenden Kundgebung wurde ein Schreiben des Komitees an den Präsidenten der Provinzregierung von Viskaya vorgelesen. Neben der Forderung nach Stillegung des KKW von Lemoniz, der Zurücknahme der Autorisierung für den Bau der Zentrale von Tudela und der Streichung des Projektes, die kalabrische Küste in eine Kernkraftküste zu verwandeln, wurde im übrigen die Regierung von Viskaya aufgefordert, zurückzutreten, da sie schuldig daran sei, daß das KKW von Lemoniz fast schon Realität sei.

FOLGEN DES PIERRELATTE–UNFALLS

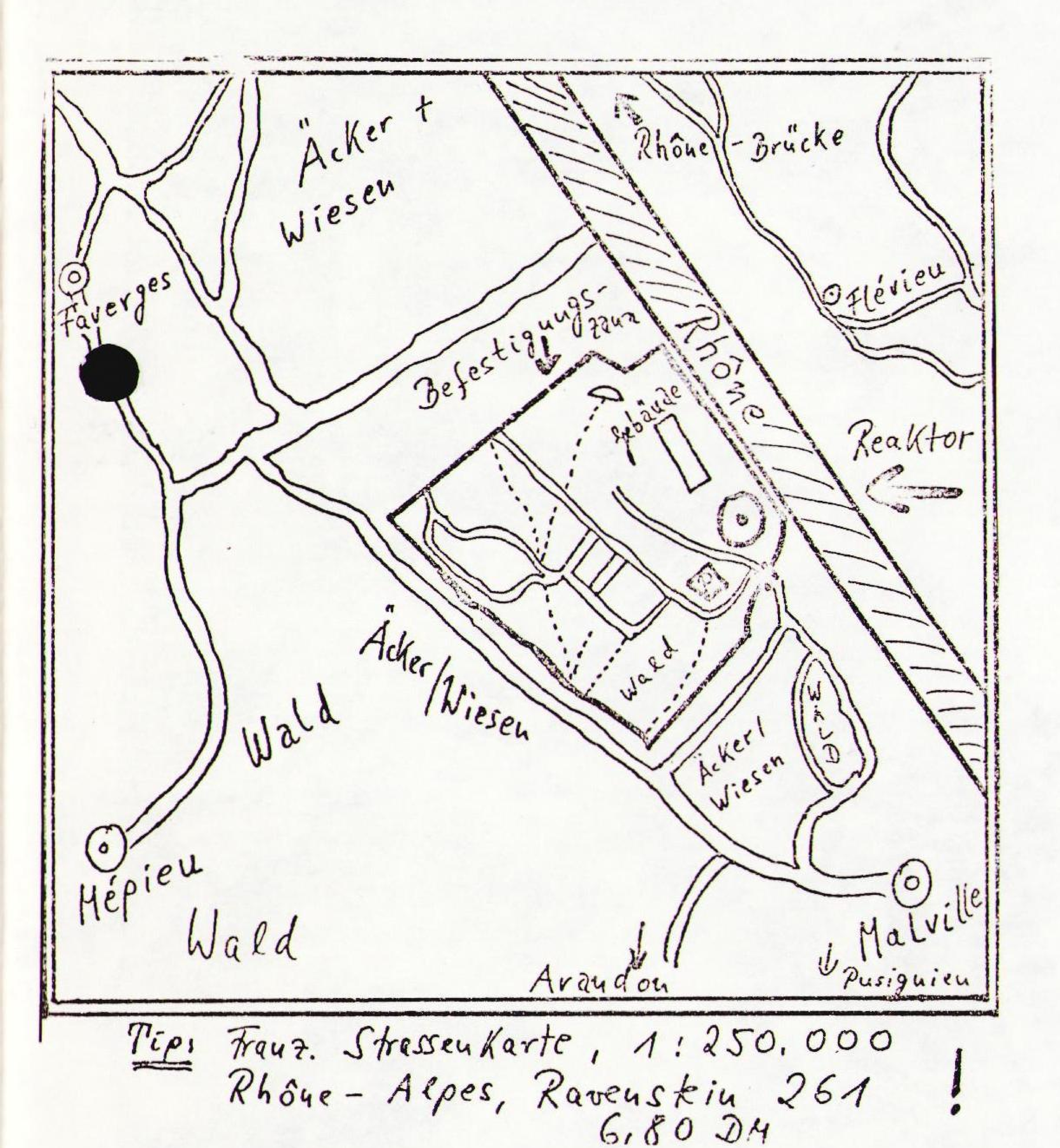
Paris 21.Juli Ein Arbeiter ist verseucht worden bei dem Unfall am 1.7.77 in Pierrelatte (siehe ID Nr.186).
40 Ärzte bildeten eine Medizinergruppe, um Informationen über die Atomenergie und deren Auswirkungen auf die umliegende Bevölkerung zu untersuchen und um die ärztlichen Unterlagen über die Angestellten in den Pierrelatte–Werken zu bekommen.
Von den 6000 Leuten, die in der Nähe des Unfallortes arbeiteten, sind nur 380 untersucht worden. Die CFDT teilt mit, daß der Aushilfsarbeiter Amery aus dem Betrieb Sartec sehr stark verseucht wurde: man hat 2600 Mikrogramm Uran pro Urinliter bei ihm gefunden. Die maximal zugelassene Dosis liegt bei 500 Mikrogramm pro Tag (Erlaß vom 15.3.67). Die Direktion der Gesellschaft Comurhex weigert sich, Informationen zu geben.
6 Kinder aus Lapalude sollen im Krankenhaus von Avignon untersucht worden sein. Über die Kinder aus dieser Region will die Medizinergruppe Statistiken erstellen, da gerade dort Fälle von Mongoloismus und Krebs gehäufter aufzutreten scheinen.
Auskünfte bei Dr. Jacques Dupont, Quartier Duffevent Genissieux, 26100 Romans
Aus Liberation vom 18.7.77

30.-31. JULI: NOCH EIN PAAR TIPS FÜR MALVILLE

MALVILLE
20. Juli

Die französischen Umweltschützer sind entschlossen, den schnellen Brüter ‚Super-Phenix' zu verhindern. „Nachdem wir da waren, wird der Beton nicht mehr wachsen". Der 30. Juli wird gewaltfrei verlaufen. D.h., daß man nicht nach Malville kommt, nur um sich mit der Polizei zu prügeln (nicht die Polizisten sind unsere Feinde), sondern um den Reaktor abzubauen. „In der Frage der Notwendigkeit, den Bauplatz zu besetzen, um dort alles zu zerstören, was man zerstören kann, wurde Einstimmigkeit erzielt!" (Zitat aus einem französischen Aufruf). Bei 100 000 überzeugten Menschen dürfte die Verhinderung des Schnellen Brüters in Malville keine Schwierigkeit sein. Auch wir deutschen KKW-Gegner sollten unsere Freunde in Frankreich solidarisch unterstützen. Kommt deshalb Ende Juli nach Malville.

Am besten fahrt Ihr in kleinen, selbständigen Gruppen mit 10 bis 15 Personen nach Malville. Diese Gruppen sollten gut organisiert und ausgerüstet sein. Wichtig sind eigene Verpflegung, kleine Zelte, Sani, Werkzeuge, Wasserkanister (in Malville ist trocken und heiß) ... usw. usf. Bereitet euch auf längere Fußmärsche vor. Bessert eure französisch-Kenntnisse auf. Entfernt alle verdächtigen Aufkleber von euren Autos, damit Ihr unterwegs nicht unnötig aufgehalten und schikaniert werdet. Treffpunkt für die deutschen KKW-Gegner wird von der Bürgerinitiative später bekanntgegeben. In Frankreich ist inzwischen das Malville-Fieber ausgebrochen. Überall bereitet man sich auf den 30. Juli vor. Und auch in der Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark und in der BRD rüstet man sich.



CFDT NICHT IN MALVILLE

Paris
21.Juli

Die Gewerkschaft CFDT wird in Malville nicht mitmachen. Die CACCA (Aktionskomitee gegen Atomschurken) teilt mit, sie habe die Absicht, den Generaldirektor der EDF (Electricite de France) zu ermorden (Siehe ID Nr. 186). Die CFDT ist eine große verantwortliche Organisation. Sie nimmt also die Gerüchte von eventuellen Provokationen und Zusammenstößen als Vorwand, um zu erklären, daß sie an der Demonstration am 30./31.Juli nicht teilnehmen wird. Sie distanziert sich also von den Organisationen, die nicht wie sie eine "moralische und politische Verantwortlichkeit auf nationaler Ebene" haben. Sie organisiert aber in Morestel (etwa 15 Km vom Atomgelände) eine pazifistische Demo, unabhängig von den anderen Organisationen. Die Stellung der CFDT zur Atomenergie: man braucht eine andere Energiepolitik, eine Überprüfung und eine Verlangsamung des französischen atomaren Ausrüstungsprgramms.

Aus: Liberation vom 15.7.77



SCHWULENHATZ IN DEN USA

SAN FRANCISCO
12. Juli

Ein Volksentscheid in Dade County-Florida stürzte mit 200.000 gegen ca. 90.000 Stimmen eine im Januar 77 erlassene Verordnung, wonach eine Diskriminierung von Homosexuellen in Beruf und bei der Wohnungssuche in Zukunft verboten sein soll. Aufgehetzt wurde die Bevölkerung Floridas von Anita Braynt, tiefgläubige Baptistin und Werbefilmstar. Gipfel der Hetzkampagne sind Autoaufkleber mit dem Spruch 'einen Schwulen um Christi willen killen'. Erstes Ergebnis dieser Hetze ist ein Mord in San Francisco. Ein schwuler Gärtner und dessen Freund wurden von Jugendlichen überfallen und mit Messern niedergestochen. Der Gärtner starb, der Freund wurde schwer verletzt.

Inzwischen haben sich die Schwulen bundesweit zunehmend organisiert und boykottieren Produkte, für die Anita Br...nt wirbt, z.B. Orangensaft aus Florida, der in keiner Schwulenbar mehr verkauft wird. Anläßlich des Jahrestages der Schwulenbefreiungsbewegung, der jedes Jahr mit Paraden hauptsächlich in San Francisco und New York gefeiert wird, übernahmen am 24. Juni 1977 ca. 250.000 Schwule und Sympathisanten die Stadt San Francisco (Einwohner ca. 500.000) und demonstrierten für ihre Rechte. San Francisco gilt seit Jahren als das 'gelobte Land' für Schwule, weil die liberale kalifornische Gesetzgebung und Regierung den Schwulen relativ mehr Freiraum bieten als anderswo. In New York demonstrierten 25.000, weitere Demos fanden in Chicago, Los Angeles, Atlanta und anderen Städten statt. In Europa wurde in London, Amsterdam, Barcelona und anderen europäischen Großstädten ebenfalls demonstriert. Auffallend ist, daß die sich bisher mehr oder weniger im Ghetto bewegenden Schwulen durch diese Hetzkampagne verstärkt an die Öffentlichkeit kommen, um die mühsam erkämpften Rechte (auf dem Papier) nicht schon wieder zu verlieren.

(Quellen: Spiegel v. 13.6.77 - UPI Telex/AFN News v. 27.6. 1977 sowie private Informationen aus San Francisco.)

Nr. 187

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

AN

1

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag*

VOLKSKLINIK COVA DA PIEDADE SOLL GERÄUMT WERDEN

FRANKFURT 21. Juli Die Volksklinik in Cova da Piedade soll jetzt, ca. 2 Jahre nach ihrer Besetzung, geräumt werden. In einem Augenblick, wo sie besser denn je arbeitet und einer ständig wachsenden Zahl von Patienten medizinische Hilfe leistet. In einem Moment auch, wo sie begonnen hat, die Praxis der reaktionären Mediziner öffentlich und an Einzelfallbeispielen anzugreifen.

Seit dem 9. Mai 77 liegt ein Räumungsbefehl aus dem Innenministerium vor, der zunächst an den PC-regierten Distrikt und von dort aus an die Gemeindeverwaltung von Cova da Piedade weitergegeben wurde. Obwohl PC regiert, stellt sich die Gemeinde nicht eindeutig hinter die Forderung der Bevölkerung, die Klinik nicht zu schließen. Zu sehr ist es den Bürokraten ein Dorn im Auge, daß die Klinik parteiunabhängig funktioniert. Fraglich ist auch, ob nicht der Druck, der vom Innenministerium ausgeübt wird, jeden Kampf unmöglich macht.

Folgendes Telegramm schickten die Medizinergruppen aus Frankfurt, Hamburg und Berlin, die die Volksklinik mit Material unterstützen und z.T. auch selbst dort arbeiteten.

'Wir protestieren gegen die drohende Räumung der Volksklinik. Di' Klinik ist eine der Resultate der demokratischen Entwicklung, die i Portugal stattgefunden hat. Wir sind empört, daß in Portugal, einem Land mit denkbar unzureichender medizinischer Versorgung, ein für Europa wegweisendes Modell für eine vom Volke selbst in die Hand genommene Medizinische Sorge und Vorsorge versucht wird zu zerstören. Dieses steht auch in krassem Gegensatz zu Portugals Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit demokratischen europäischen Ländern.'

Portugalgruppe in der Gesundheitsgruppe Ffm c/0 Bernd Hondschick, Weberstr. 20, 6 Ffm

